

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 9.

Sonnabend, den 2. März 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperit sind: Wolfshagen-Langelsheim a. S.: Die Brüche Eichenberg und Westerberg. Firma Strube. Essen: Marmorbetrieb von Könen und Comp. Jena: Granitbetrieb, Conradus. Oldenburg: Firma Högl (für Marmorschleifer). Trier: Marmorwerkplatz Arnold Spüller. Tever: Blas Müller.

Erfurt. Blas Mertel streiken die Steinmeger.

Mürnberg. Hier drohen die Unternehmer eine allgemeine Bauarbeiterausperrung an, auch die Steinmeger werden davon betroffen.

Blauenburg (Harz). Mit dem Unternehmer Schönfeldt wurde ein Tarif abgeschlossen.

Eisenhammer bei Steinwiesen. Der Zuzug von Granitsteinmegeren nach hier ist streng fernzuhalten. Mit der Firma Popp bestehen Differenzen.

Süßed. Die Kunststeinfabrik Brück und Störmer ist gesperrt.

Solmar (Elbaf). Zuzug nach hier ist streng fernzuhalten.

Da jetzt die Lohnbewegungen so ziemlich eingeleitet sind, so ersuchen wir die Verbandsmitglieder allerorts, bei eventuell gescheiterten Unterhandlungen die Arbeit nie ohne Zustimmung des Zentralvorstands niederzulegen. Wir machen auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam und erwarten im Interesse der Disziplin, daß dieser Hinweis beachtet wird.

Streiks, die ohne Sanktion des Zentralvorstands inszeniert werden, können aus der Hauptkategorie nicht unterstützt werden.

Zeit ist Geld.

Nütze den Tag! Benütze die günstige Gelegenheit, arbeite und schaffe in der Zeit, die für deine Pläne am besten paßt! Das ist eine alte Lebensweisheit, die jeder kluge Mann befolgt.

Es ist wie zur Zeit der Ernte. Das reife Korn rauscht in der Morgendämmerung, der Segen der Natur, der Preis mühseliger Arbeit harret des Schnitters. Aus den Frühlingsfeldern hebt sich der Sonnenball, der wolkenlose Himmel verheißt einen heißen Tag. Einen Erntetag. Einen Tag, wo die Garben ungefährdet von Regengüssen unter das schützende Dach der Scheune gebracht werden können. Von einem solchen Tage heißt es für den Landmann: Nütze ihn! Geh hinaus aufs Feld in den Sonnenbrand, verrichte dein Werk, so lange es noch Zeit dazu ist. Säume nicht! Die nächsten Tage bringen vielleicht schon Sturm und Regen, die die Ernte zerstören; darum nütze den Tag!

Von hoher See kommt das Schiff mit Gütern beladen. Der Führer sieht das Gestade, das Ziel seiner Fahrt, wo er seine Ladung auf den Markt bringen will, um den Lohn für wochenlange Fahrnisse und Mühen zu erheben. Aber die Fahrerinne, die zum Hafen führt, ist nur leicht, und wenn der Wasserstand nicht hoch genug ist, so gerät das Schiff auf den Grund und Tage können darüber hin gehen, ehe es wieder flott ist. Doch es ist die Zeit der Flut. Von der See drängen die Wasser Massen in die Fahrerinne, ihr Spiegel erhöht sich mächtig — jetzt ist die Zeit für den Schiffer, sein Fahrzeug hinein zu treiben, jetzt gerät es nicht auf den Grund. Und wenn auch schon die dunklen Schatten der Nacht hernieder sinken, nun darf er nicht ruhen, nun heißt es für ihn: nütze den Tag! Säumst du bis zum Morgen, so hat sich die Flut verlaufen und dein Schiff ist hier draußen festgebannt. Deine Ladung fehlt auf dem Markte, die günstige Gelegenheit ist verpaßt. Aber er wird nicht säumen, er wird die Zeit ausnützen und der Erfolg wird es ihm lohnen.

Auch für die Gewerkschaftsbewegung, für die gewerkschaftliche Agitation heißt es jetzt: nütze den Tag! Auch sie hat ihre günstigen und ungünstigen Zeiten. Wären wir nicht toten, wenn wir die günstigen Tage nicht ausnützen wollten?

Ein Blick auf die bisherige Entwicklung der gesamten Gewerkschaftsbewegung wie auf die Entwicklung unfres Verbands lehrt uns, daß es auch hier Zeiten gibt, die für die Werbearbeit ganz besonders die Gewähr des Erfolgs in sich tragen. Und zwar wird diese Zeit für uns bestimmt durch die allgemeine Geschäftslage im Wirtschaftsleben, oder durch die Konjunktur, wie wir es mit einem Fremdwort bezeichnen. Das Aufleben der gesamten modernen Gewerkschaftsorganisationen nach dem Sozialistengesetz fiel in eine Zeit des größten wirtschaftlichen Tiefstands; demzufolge stand die ganze ohnehin noch sehr schwache Bewegung völlig still. Dann kam mit dem Jahre 1896 ein Aufschwung und zugleich entwickelten sich die gewerkschaftlichen Organisationen. Der Aufschwung dauerte ungefähr bis zum Ausgang des Jahrhunderts; schon mit dem Jahre 1900 flaute die Konjunktur ab — und sofort tritt ein Stillstand der Gewerkschaften ein, der erst als sich im Jahre 1903 die ersten Anfänge der wiederkehrenden Prosperität zeigten, einem weiteren großartigen Steigen der Mitgliederzahlen Platz machte. Die folgenden lassen das recht deutlich erkennen.

Die Zunahme (+) resp. Abnahme (—) betrug:

In den Jahren	bei allen Verbänden
1891—1895	— 13 484
1896—1900	+ 421 252
1901—1902	+ 55 696
1903—1905	+ 611 597

Die große Industrie ist noch immer stärker als je beschäftigt. Auch in der Steinindustrie kann man jetzt noch von einer sehr guten Konjunktur reden. Ja in der Hartsteinbranche muß der Gewerkschaftsgang als ein äußerst flotter bezeichnet werden. Auch in der Sandsteinindustrie wird mit dem Umschlag der kalten Witterung die Arbeitstätigkeit wieder im vollen Umfange einsetzen. Aber wie lange wird es noch dauern? Das kann kein Mensch sagen. Der Apparat der privatkapitalistischen Produktion ist zu kompliziert geworden, das Wirtschaftsleben zu vielseitig und zu großartig, als daß es überhaupt noch nach dieser Richtung hin zu überblicken wäre. Darum ist es ungewiß, ob nicht schon die nächste Zeit schwere Geschäftskrisen bringen wird, oder ob die gegenwärtige Blüte noch einige Jahre anhält. Gewiß ist nur das eine, daß ein Umschwung kommt, früher oder später kommen muß.

Ein solcher Umschwung trifft die Arbeiter stets am schwersten. Seine erste Wirkung sind Arbeiterentlassungen. Aber dabei bleibt es nicht. Was das Kapital durch verminderte Beschäftigung an Profit nicht erhaschen kann, das sucht es durch größere Ausbeutung zu erringen. Jede Krise zeitigt Versuche des Unternehmertums, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Und diese Angriffe der Unternehmer abzuwehren ist dann äußerst schwer.

Darum heißt es für uns jetzt: Nütze den Tag! Noch stehen wir mitten in der Hochkonjunktur, noch können wir durch unsere Agitation Tausende und Abertausende der gewerkschaftlichen Organisation zuführen; noch ist es Zeit! Benütze wir sie, sie ist kostbar. Die mächtig angeschwollenen Unternehmervereinigungen handhaben immer fruppeloser das Mittel der Aussperrung. Schon in der für uns günstigen Zeit ist es nicht immer ganz erfolglos geblieben, wieviel mehr werden die Unternehmer in den Zeiten der Krise den Arbeitern schwere Wunden damit schlagen können. Es ist darum der natürliche Selbsterhaltungstrieb, der uns zwingt, alle Kräfte anzuspannen, um die Organisationen zu stärken; denn je stärker wir sind, um so stärker ist auch der Widerstand, den wir später leisten können. Die hoch erfreulichen Fortschritte, die die Gewerkschaften in den letzten drei Jahren machen konnten, beweisen uns, daß unsere Arbeit auch noch weiter von Erfolg gekrönt sein wird, wenn wir mit zäher Begeisterung dafür wirken. Jetzt darf es kein Säumen, kein Ruhen und kein Besinnen geben; die Parole heißt Agitation! Noch ist es Tag, noch bescheint die Sonne der Prosperität das Wirtschaftsleben. Darum mühen wir den Tag!

Der neue Reichstag.*

Unter Entfaltung eines mittelalterlichen Pompes, dessen allegorische Deutung selbst den willigsten Sozialisten der kapitalistischen Presse schweres Kopfzerbrechen macht, ist am 19. Februar der neue Reichstag eröffnet worden: mit einer Thronrede, von der die Deutsche Tageszeitung, das Organ der junkerlichen Brotwucherer, begeistert gesteht, eine willkommenere Kunde sei ihr seit lange nicht erklungen.

Zwar wenn man die Thronrede selbst liest, so scheinen ihre Glocken etwas anders zu läuten. Sie läßt es an einigen schönen Worten nicht fehlen, die dem Landsturm der Patrioten die aufdämmernde Erkenntnis verschleichen sollen, daß er für seinen „Sieg“ vom 25. Januar ebenso abgepeißt werden wird, wie einst seine Ahnen für die ungleich reellern Siege von Großbeeren und Dennewitz abgepeißt worden sind. Die Thronrede verpflichtet gewissenhafte Achtung aller verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse, und sie verheißt auch das soziale Werk „im erhabenen Geiste Kaiser Wilhelm des Großen“ fortzuführen.

Indessen ist es ein Vorzug unsrer Junker, daß sie sich wenig darum kümmern, wie die Glocken läuten, wenn sie nur wissen, wo die Glocken hängen. Und darüber sind sie immer sehr gut unterrichtet. Auch darf es sie vollkommen beruhigen, daß die Thronrede keine Silbe gegen das Zentrum zu äußern wagt, dessen angeblich unpatriotische Haltung die Auflösung des früheren Reichstags notwendig gemacht haben sollte, sich dagegen in einigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie behagt, denen man unbillig schmeicheln würde, wenn man sagen wollte, daß sie sich auch nur um Haarsbreite über das Niveau der dürftigen Phrasen erheben, von denen sich die offiziöse Presse nährt.

Insbondere wird wieder die olle Kamelle aufgewärmt, daß die großen grundlegenden Gesetze zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Fraktion geschaffen worden seien, die sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichne, selbst aber nichts für sie und den Kulturfortschritt

geleistet habe. Unfre Tagespresse und Gewerkschaftspresse hat diese in ihrer hohlen Nichtigkeit schon tausendmal wiederholte Behauptung abermals in ihrer hohlen Nichtigkeit dargetan, was vom praktisch-taktischen Standpunkt auch gewiß notwendig war. Aber an dieser Stelle noch ein Wort darüber zu verlieren, wäre eine ganz überflüssige Mühe; schade um jeden Tropfen Tinte, der daran verschwendet würde.

Bei all ihrer Vertrauensseligkeit dämmert den freisinnigen Blättern denn auch allmählich ein Licht auf. Sie finden die Thronrede so inhaltsleer und unbestimmt wie nur möglich; man könne aus ihr herauslesen, was man wolle; jede bestimmte Stellung zu den kommenden politischen Aufgaben fehle, und vor allem — welche tiefer Nummer! — selbst die schwächlichen Nebenarten, die der Reichskanzler in seinem Silvesterbrief von dem „stärkeren Einfluß“ des Liberalismus „auf die Leitung der Reichsgeschäfte“, von der „Paarung des liberalen mit dem konservativen Geiste“ gemacht hat, sind nunmehr spurlos in der Versenkung verschwunden. Leider ist es ganz unmöglich, den wehmütigen Klagen, die die betäubten Lohgerber den davonschwimmenden Jellen nachsenden, eine Träne des Mitgeföhls zu spenden, ja sie nur durch einen Tadel an die Adresse des Reichskanzlers zu honorieren. Leute, die sich so leicht betören lassen, die mit sehenden Augen in einen Sumpf tappen, vor dem sie nach einer ruhigen Ueberlegung von fünf Minuten hätten zurückzureden müssen, solche Leute nun auch wirklich betört zu haben, das ist eine Sache, aus der sich dem Reichskanzler kein wirklicher Vorwurf machen läßt. Er ist kein Uebermensch, und nur ein Uebermensch hätte einer so übermenschlichen Versuchung widerstehen können.

Und belehrt ist der Freisinn bei alledem auch noch nicht. Er spielt nach wie vor die einflusslose Hilfstruppe der konservativ-nationalliberalen Fraktion, indem er im Präsidium des neuen Reichstags die letzte Stelle übernimmt. Dafür, daß sich der Zentrumsturm als unerschütterlich gegen den Ansturm der Regierung erwiesen hat, wird jetzt die etwas kindliche Rache genommen, daß man das Zentrum aus dem Präsidium wieder hinausgrault, unentgeltlich der trüben Erfahrungen, die man mit der gleichen kindischen Praxis in den Tagen des selig entschlafenen Kulturkämpfers gemacht hat. Mindestens aber der Freisinn hätte sich hüten sollen, darauf einzugehen. Man kann entweder ein sozusagen unpolitisches Präsidium wählen, indem man die Posten der Präsidenten den einzelnen Fraktionen nach Maßgabe ihrer Stärke zuweist, oder man setzt das Präsidium so zusammen, daß man seine Mitglieder nach politischen Rücksichten auswählt, um gleich zu zeigen, was Geistes Kind der neue Reichstag sei. Und da ist die Note ganz gut getroffen: die erste Geige spielt der agrarische Brotwucherer, die zweite der großindustrielle Helfershelfer und die letzte der Hausnarr von beiden.

Das Zentrum macht indes gute Miene zum bösen Spiele. Es rechnet darauf, daß der Reichskanzler mit der nunmehrigen „nationalen Mehrheit“ nicht lange auskommen werde und dann doch wieder bittend an die ultramontane Tür klopfen müsse. Diese Aussicht läßt vielleicht länger auf sich warten, als dem Zentrum lieb ist, denn im Apportieren wird es der Freisinn, nachdem er sich einmal so weit auf die schiefe Bahn begeben hat, sicher nicht fehlen lassen. Aber grundlos ist die Hoffnung des Zentrums deshalb doch nicht. Die wirtschaftliche Reaktion wird nicht die geringste Rücksicht auf den Freisinn nehmen, sondern ihre Ansprüche so steigern, daß er über kurz oder lang doch einmal nicht mitmachen kann, und dann durch die Worte, die er als blamierter Europäer verläßt, das siegestrunkenere Zentrum wieder hereinmarschieren. Fürst Bülow weiß sehr wohl, weshalb er die Hoffnungen aller der Patrioten, die endlich das „laubinische Joch des Ultramontanismus“ von ihren Schultern wälzen wollten, so grausam täuscht; es ist die berechtigte Sorge um die Gunst des Zentrums, die ihn in der Thronrede über den Ultramontanismus schweigen ließ, wie es die berechtigte Mißachtung des Freisinns ist, die ihn hinderte, diesen wackeren Staatsmännern auch nur ein leises Wort der Ermunterung zu spenden.

Glücklich, wer von sicherem Boden aus dem Durcheinander des bürgerlichen Parteitreibens zuschauen darf! In dieser Lage befindet sich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags. Aber sie braucht und wird ihm nicht bloß zuschauen, sondern kann in die wirren Massen feuern, daß es nur so eine Art hat. Denn jeder Tag liefert ihr neue Geschosse, jeder Tag bringt neue Enthüllungen über die unsagbar elende Art, wie die „nationale Bewegung“ der letzten Wahlen gemacht worden ist. Entschiede die Moral in den Machtkämpfen, so hätten Bülows Janitscharen eine gerichtsmetrende Niederlage erlitten. Allein wenn die Moral auch im politischen Kampfe nicht entscheidet, so rächt sich ihre Ueberrumpfung immer an denen, die sie überrumpelt haben; es sind tönerner Füße, auf denen ein durch ein grandioses Rügenstern erfotchterer Wahlsieg steht. Und diese Füße werden zerquetscht werden, ehe denn der neue Reichstag viele Tage erlebt hat.

Er selbst bleibt uns freilich noch fünf lange Jahre erhalten, und es ist heute nicht entfernt abzusehen, was alles

* Von Dr. Franz Mehring in der Neuen Zeit.

er uns an reaktionären Handstreichen bescheiden wird. Die Land- und Schlotjunker sitzen nun im Rohre und werden Pfeifen schneiden. Allen Demonstrationen ihrer Opfer gegenüber haben sie das unantastbare Recht, zu sagen: Euch geschieht nicht anders, als wie ihr gewollt habt. Es wird nachgerade Zeit, diesen Gesichtspunkt mit aller Schärfe hervorzuführen, denn es gibt ein Maß menschlicher Torheit, das in der Politik so viel, wenn nicht noch mehr schadet, als beruhter Verrat. Man kann nicht ewige Nachsicht mit denen haben, die sich heute unter den Schlägen ihrer Todfeinde jammernd winden und morgen doch wieder diese Todfeinde jubelnd auf den Schild erheben.

Aber die Arbeit des Aufklärens und Belehrens muß wieder unverdrossen aufgenommen werden; auch für sie sind fünf Jahre eine reichlich bemessene Zeit, in der sich viel leisten läßt. Und der neue Reichstag wird nicht zögern, den Stoff zu liefern, an dem sich erschöpfend darstellen läßt, welche Rute sich die Nation in den Gottentottentwahlen gebunden hat.

Arbeiter, organisiert Euch!

Der Verband sächsischer Industrieller hielt am 20. Februar in Dresden seine Generalversammlung ab. Diese Fabrikantenvereinigung hat sich immer mehr zu einer Trutzorganisation gegen die Bestrebungen der Arbeitererschaft entwickelt, seitdem Dr. Stresemann Syndikus ist, der sich ja auch in sehr kurzer Zeit aus einem Nationalsozialen zu einem nationalliberalen Scharfmacher durchgemauert hat. Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß der Verband nach fünfjährigem Bestehen 3024 Firmen mit 300 000 Arbeitern als Mitglieder hat. Nach dem Tätigkeitsberichte hat sich der Verband im letzten Geschäftsjahre mit den Schiffsabgaben, der Reichsfinanzreform, mit verschiedenen Handelsfragen, der Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden und der Abschaffung der Lohnabgabengebühr beschäftigt. Alle diese Fragen und Aufgaben suchte man natürlich den Sonderinteressen der Industriellen entsprechend zu beeinflussen. Eine ebenso sonderbare wie bemerkenswerte Stelle im Tätigkeitsberichte ist die folgende:

Die Hauptarbeit des vergangenen Geschäftsjahres lag im Gebiete der Sozialpolitik und der Vertretung berechtigter Arbeiterinteressen. (?) Langjährige Vorarbeiten fanden ihren Abschluß in der Gründung der Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, die am 25. Mai 1906 erfolgte, worauf die Gesellschaft am 1. Juni 1906 ihre Tätigkeit begann. Ihre günstige Entwicklung hat bewiesen, daß dieser Gedanke langgehegten Wünschen entgegenkam und daß die der Gesellschaft gegebene Form derartig den Bedürfnissen der weitesten Kreise angepaßt ist, daß ihre stetige Weiterentwicklung sicher erscheint. Die in den Kreisen mancher Sozialpolitiker früher ausgesprochene Befürchtung, daß die Gründung der Streikentschädigungsgesellschaften zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze führen könne, hat sich nicht erfüllt, vielmehr hat die Leitung der Entschädigungsgesellschaft wiederholt Gelegenheit gehabt, eine große Anzahl Streiks im Entstehen zu verhüten und auch sonst ausgleichend auf bestehende Gegensätze zu wirken.

Auf welche Weise der Unternehmerverband „berechtigter Arbeiterinteressen“ vertreten hat, wird nicht verraten. Wahrscheinlich ist, daß man nichts darüber zu melden hat. Welcher Art aber die Arbeiterpolitik des Verbandes ist, das beweist ja recht deutlich die Gründung der Streikentschädigungskasse, die doch keinen andern Zweck hat, als Arbeiter, die um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen, mit vereinten Unternehmerkräften niederzurücken. Besser kann die Sozialpolitik dieser Scharfmacherorganisation nicht illustriert werden.

Zum Schluß hielt der schon erwähnte Syndikus Dr. Stresemann einen Vortrag über wirtschaftliche Streitfragen, wobei er sich nach den Berichten bürgerlicher Blätter folgende Stilblüte geleistet haben soll:

Die Industrie kommt mir vor, wie eine Spitze, die weithin ins Land leuchtet, der aber der breite Untergrund fehlt. Und dieser Untergrund ist die deutsche Arbeiterschaft, die von seiten der Gewerkschaften gegen die Unternehmer verhetzt wird und der von der Sozialdemokratie mit leeren Phrasen erzählt wird, der ihnen an der Produktion zukommende Anteil werde ihnen von den Unternehmern genommen.

Das ist eine Probe davon, wie jetzt gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gehetzt wird, um den Unternehmern ergiebiger Ausbeutung der Massen und bequemere Profitmacherei zu bringen. Dazu sind gewisse Leute ja besonders angestellt. Es ist ja ihr gut bezahltes Geschäft, die Profitjäger zu verhimmeln und die Arbeiterbestrebungen zu verunglimpfen. Daß dabei zutage tritt, wie wenig Verständnis jene Leute für die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen haben, kann nicht mehr überraschen.

Der Steinmetzmeisterverband dreht den Schleifstein.

Die schöne imposante Entwicklung unserer Organisation macht den im Steinmetzmeisterverband organisierten Unternehmern arges Unbehagen. Schon mancher Programmpunkt, der von dem Unternehmerverband aufgestellt und durchzuführen versucht wurde, scheiterte am kraftvollen Widerstand unserer Organisation. Es sei bloß daran erinnert, wie sich der Steinmetzmeisterverband vor drei Jahren beim Reichsamt des Innern ins Zeug legte, um die Verschlechterung der Bundesratsverordnung zu erwirken. Der Steinmetzmeisterverband durchkreuzte aber schonungslos den perfiden Plan der Herren Meister und zerpfückte in einer äußerst sachverständig gehaltenen Denkschrift die Argumentation der sozialpolitischen Rückwärtsgänger.

Wenig entzückt sind nun die Meister darüber, daß unsere Kollegen bei Lohnbewegungen die Forderung aufstellen, das „Affordsystem“ abzuschaffen und weiter die Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises fordern.

Im Meisterorgan, dem Steinbildhauer, lesen wir darüber folgendes:

Da zurzeit wieder an vielen Plätzen Tarifverhandlungen im Steinmetzgewerbe stattfinden, machen wir unsre Mitglieder auf die Verbandsbeschlüsse in Würzburg und Nürnberg aufmerksam, laut welchen alle Forderungen der Arbeitnehmer um Abschaffung der Affordarbeit abzulehnen sind.

Fernerhin ist von den Steinmetzen in diesem Jahre vielfach die Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises gefordert worden mit dem Zusatz, daß bei Einstellung von Arbeitskräften in erster Reihe die der vertragschließenden Organisation angehörenden Steinmetze berücksichtigt werden sollten.

Wir machen besonders die Steinmetzungen darauf aufmerksam, daß die Gewerbeordnung zu Berlin und als Oberbehörde der Oberpräsident der Provinz Brandenburg entschieden hat, daß die Einführung von Arbeitsnachweisen in oben angeführter Form den Innungen verboten ist, da ein Verstoß gegen § 81a der Gewerbeordnung vorliegt. Derselbe lautet: „Aufgabe der Innung ist die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen.“

Die bisherige Praxis lehrt, daß der paritätische Arbeitsnachweis bei Lohnunterschieden zur Ausfüllung derselben von den Zahlstellen benutzt wird. Auf den Zahlstellen werden die Beitragsmarken für den Gesellenverband gefordert, die Mitgliedsbücher werden kontrolliert und es wird Agitation getrieben. Die Handhabung des paritätischen Arbeitsnachweises verfolgt den Zweck, alle Gesellen in die Organisation hineinzubringen. (?) Es muß aber doch in das freie Ermessen eines jeden Arbeitnehmers gestellt bleiben, ob er einer Organisation beitreten will oder nicht.

Wir wissen, daß die Einführung des Tagelohnsystems zur Nachfrage werden wird; es hat aber den Anschein, als wenn sich einige Unternehmer in diesem Punkt schon zu „nachgiebig“ gezeigt hätten, denn sonst hätte ja das „Einschärfen“ durch den Steinbildhauer keinen Sinn.

Mit einer recht unzulänglichen Auslassung ist die ablehnende Haltung bei der Forderung des „paritätischen Arbeitsnachweises“ begründet; wir nennen diese Begründung sehr faul. Wir sind sogar der Meinung, daß § 81a der Gewerbeordnung die Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise mit Bestimmtheit zuläßt. Ist eine solche Einrichtung geschaffen, dann wird durch diese am allerwenigsten der gewerbliche Frieden mit den Unternehmern gefährdet. Es sind elende Flauheiten, wenn es heißt, die Gesellen würden den Arbeitsnachweis zu agitatorischen Zwecken ausnützen. Denken die Unternehmer beglücklicht des Arbeitsnachweises uns nicht entgegenzukommen, so sind eben die Kollegen, wo es tunlich erscheint, selbst gezwungen, die Arbeitsvermittlung in die Hand zu nehmen. Wie das gemacht und eingeleitet wird, haben wir an dieser Stelle nicht zu erörtern. Nur soviel soll angedeutet werden, daß die Machinationen der Unternehmer gründlichst durchkreuzt werden.

Die Unternehmer vom Steinmetzmeisterverband betonen bei allen Gelegenheiten, daß die Arbeiter den gewerblichen Frieden nicht wollen. Aus dem zitierten Dekret geht aber zur Genüge hervor, wer auch fernerhin den Kampf schürt und entfachen will.

Bericht von der Gaukonferenz des 6. Gaus.

Am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 11 Uhr, fand im Gasthaus zum Heidelberger Faß in Hannover eine Konferenz des 6. Gaus statt. Es galt in der Hauptsache Stellung zu nehmen zu den Fragen: Wo fangen wir im Frühjahr zunächst mit der Agitation an und wie betreiben wir dieselbe am erfolgreichsten? Des weiteren galt es Klarheit zu schaffen darüber, wie bei den kommenden Lohnbewegungen am besten vorgegangen werden soll. Daß sich die Zahlstellen der Bedeutung der Konferenz voll bewußt waren, kann man aus der hohen Zahl der Delegierten, die entsandt waren, ersehen, die sich auf 37 belief. Die Tagesordnung lautete: 1. Situationsbericht und Organisation; 2. Agitation; 3. Tarifwesen; 4. Gaubeiträge; 5. Verschiedenes.

Zum 1. Punkt nahm Gauleiter Biewig das Wort und führte aus, daß die derzeitige Situation im Gau durch die besonders in der Sandsteinindustrie herrschende schlechte Konjunktur keine rosigere zu nennen sei. Diese augenblickliche Lage sei auch schuld, daß in agitatorischer Hinsicht keine großen Erfolge zu verzeichnen seien. In seiner jetzt siebenmonatigen Tätigkeit im Gau habe er die Erfahrung gemacht, daß es an der inneren Festigung der Zahlstellen noch sehr mangle. Der Ansicht müsse mehr entgegen gearbeitet werden, daß die Referenten in den Versammlungen immer Berufungsbefugte sein müßten. Bei Eintritt in Lohnbewegungen und bei sonstigem Vorgehen gegen die Unternehmer müsse mehr Rücksicht auf die Konjunktur genommen werden. Ueber alle Vorgänge in den Zahlstellen müsse wahrheitsgetreu und sofort an die Gauleitung berichtet werden; die einzelnen Zahlstellen müßten mehr auf die „besondere Behandlung“ verzichten. Es dürfe nicht vorkommen, daß es bei jeder Gelegenheit heiße, dies oder jenes muß uns bewilligt werden, sonst haben wir Schaden. Sicher sei, daß die Kampfesstimmung der Kollegen in diesem Jahre der vorjährigen nicht nachstehe. Aus der den Ausführungen Biewigs folgenden Diskussion ging hervor, daß die Kollegen im allgemeinen mit der Tätigkeit des Gauleiters einverstanden waren. Maus-Bremen hätte eine Aussprache zwischen alter und neuer Gauleitung bei Verlesung derselben für vorteilhaft erachtet. Dem Kollegen Weizang-Hamburg, der eine intensivere Agitation unter den Marmorarbeitern wünscht, müsse er erwidern, daß dort zunächst die örtliche Leitung eingzugreifen habe. Von verschiedenen Rednern wurde das Gaukassierwesen, besonders für die Bruchgebiete, empfohlen. Mit der Verhängung der Platzsperrn dürfe kein Unfug getrieben werden. Es sei leider in unsern Versammlungen noch vielfach in persönliche Reibereien ausartenden Diskussionen am besten entgegenzuarbeiten, indem der Punkt Verschiedenes weggelasse. Biewig verwies darauf, daß wenn in der Marmorbranche wenig geleistet sei, die schlechte Erlangung von Material schuld daran trüge. Die gemachte Behauptung, die Kollegen könnten mit ihrer mangelhaften Schulbildung sich in der Buchführung nicht zurecht finden, könne er nicht gutheißen. Auch sei es verkehrt, auf künstliche Weise Zahlstellen ins Leben zu rufen.

Zum 2. Punkt referierte Bopp-Gasseroode. Er führte aus: Durch die erfolgte Anstellung des Gauleiters sei es Pflicht der Kollegen, in bezug auf die Kleinagitation noch bedeutend mehr zu leisten als seither. Durch die kolossale Inanspruchnahme des Gauleiters müsse von den Kollegen das zu bearbeitende Gelände möglichst vorbearbeitet werden. Die monatlichen Versammlungen auf dem Lande nützen nicht viel; Referate müßten von den Kollegen mehr verarbeitet werden. Dies geschehe am besten durch Les- und Diskussionsklubs; leider werde der Gründung derselben, trotzdem durch sie das Rückgrat, der Kern der Zahlstellen erst gebildet werden könne, wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Wenn gesagt werde, der Punkt Verschiedenes gebe Veranlassung zu Reibereien, so sei diese Ansicht verkehrt, wenn es in Versammlungen zu Reibereien komme, sei lediglich die nicht umsichtige Leitung schuld. Es müssen aber auch die Versammlungsleiter erst herangebildet werden, dazu seien die Klubs auch gut. Verkehrt sei, zum Betreiben der Hausagitation, die

die beste Agitation sei, weil die Frauen zugegen seien, Kollegen in einer Versammlung wählen zu lassen. Die Hausagitationen müßten vorsichtig ausgeführt werden. Sehr wertvoll sei die Erteilung von Rechtsauskunft. Der Parteipresse müsse in ländlichen Kreisen mehr Eingang verschafft werden. Hierzu liegen 2 Anträge vor. Der eine wünscht eine intensivere Agitation unter den Bafaltarbeitern, der andre verlangt die Einteilung des Gaus zum Betreiben der Kleinagitation in Bezirke. Maus hält im Gegensatz zu Bopp, der von Flugblättern weniger Erfolge verspricht, als von kleinen Broschüren, die dem Verständnis der Kollegen angepaßt sind, die ersteren für wertvoller. Weiter wurde die Einführung von Legitimationsarten empfohlen. Ein inzwischen eingegangener Antrag, welcher auf Bau arbeitende Kollegen verpflichtet, bei länger als 14 Tage dauernder Arbeit an einem fremden Orte daselbst ihre Beiträge zu bezahlen, wurde angenommen. Die beiden ersten Anträge werden der Gauleitung zur Berücksichtigung überwiesen mit dem Wunsch, bei der Einteilung in Bezirke keine bestimmten Grenzen festzulegen.

Kollege Wegener-Kassel nahm hierauf zum 3. Punkte, Tarifwesen, das Wort und führte den Delegierten in klarer Weise ein Bild über die Entstehung, das Wesen und die Bedeutung der Tarife vor. Die ältesten Tarife hätten Buchdrucker und Steinmetzen aufzuweisen. Allmählich hätte sich unter den freien Gewerkschaften der Gedanke der tariflichen Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses Bahn gebrochen, heute seien in fast allen Organisationen Tarife vorhanden. Man unterscheide General-, Lokal- und Firmentarife. In unserer Organisation beständen zurzeit 29 Lokal- und 3 Firmentarife. An die Ausarbeitung oder Einführung eines Generaltarifs sei bei uns vorläufig nicht zu denken, wohl aber müsse mehr auf den Abschluß von Bezirksstarifen gedrungen werden. Bei den Steinmetzern hätten die Tarife eine Gültigkeit von 1—3 Jahren. Ein Mißstand bei unsern Tarifen sei, daß zu wenig Aufmerksamkeit auf die Festsetzung der Arbeitszeit gelegt werde. Der Abschluß eines Tarifvertrags sei kein Rechtsgefäß. Der Vertrag ist auf der guten Seite und auf der Grundlage des allgemeinen Rechts aufgebaut. Auch Kollege Wegener hält den Abschluß von Tarifverträgen nicht immer für notwendig, besonders ein Hinarbeiten auf den Abschluß von Verträgen bei schlechter Konjunktur sei nicht zu empfehlen. Bei eventuellen Tarifverträgen sei die Abschaffung der Affordarbeit anzustreben. Sporleder-Dierwald führte hierzu aus, daß es, wenn an den Abschluß von Tarifverträgen gegangen werden soll, vor allen Dingen notwendig sei, festgesetzte Zahlstellen zu schaffen, erst dann könnten allen Anforderungen genügende Tarife abgeschlossen werden. Müller-Wildemann empfiehlt, den Submissionsanzeiger zu lesen. Die Kollegen Wolke, Maus und andre empfahlen ein engeres Zusammengehen der einzelnen Kategorien beim Ausarbeiten von Tarifen.

Ihren Höhepunkt erreichten die Verhandlungen bei dem nun folgenden Punkt, betreffend Gaubeiträge. Kollege Maus führte dazu aus, daß unter den neugeschaffenen Verhältnissen es Pflicht der Zahlstellen sei, zur Bestreitung der Kosten beizutragen. Die Ausgaben im Verband stiegen fortwährend; die Opferfreudigkeit der Kollegen sei bedauerlicherweise nicht sehr groß. Der Gauleiter müsse auch Mittel haben, um in besonderen Fällen Kollegen unterstützen zu können. Eine Menge Anträge, die teils die vollständige Beseitigung, teils die Reduzierung der Gaubeiträge auf die Hälfte verlangten, standen zur Debatte. Heinrich-Hamburg spricht sich gegen die Gaubeiträge aus; es sei eigenartig, daß die Orte, die kein Geld haben, für die Beiträge eintreten. Dagegen sprechen weiter Wolke, Rönpagel und Bopp, während die Kollegen Sporleder und Wegener für die Beitragszahlung eintreten. Während der Debatte rügte die Hamburger Kollegen auch die redaktionellen Bemerkungen des Kollegen Staudinger zu eingeleiteten Berichten und Artikeln. Dies sei zu unterlassen. Der Antrag Hannover, die Gaubeiträge vom 1. Januar 1907 in Wegfall kommen zu lassen, wurde mit 24 gegen 13 Stimmen angenommen.

Unter Punkt Verschiedenes verbreitete sich Biewig noch kurz über die Handhabung der Bundesratsverordnung und gab die wichtigsten Bestimmungen aus dem Kartellvertrag mit den Bildhauern bekannt. Das Adressenverzeichnis soll in Zukunft in der Größe der Verbandsbücher hergestellt werden. Weiter dankte Biewig für die sachlich gepflogenen Debatten und ersuchte, die gegebenen Anregungen zu berücksichtigen, auf daß wir im nächsten Jahre, wenn wir vor dem Verbandstage wieder zusammenkämen, weitere Schritte nach vorwärts zurückgelegt hätten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1906 haben folgende Zahlstellen noch nicht eingeleitet:

Danzig, Königsberg, Geyer, Ramenz, Krippen, Horka, Oppach, Altenburg, Beucha, Nebra, Hörstl, Leopoldthal, Oldenburg, Schmalkalden, Mittelkette, Bonn, Gießen, München-Grabbach, Alsen, Altenbach, Altrangen, Annweiler, Aschbach, Baumholzer, Birkenau, Gelnhäusen, Heilbronn, Hochstetten, Landau, Oberhausen, Oberstein-Idar, Speier, Wiesbaden, Zweibrücken, Zwingenberg, Göttingen, Lühelberg, Andlau, Faulbach, Fedenbach, Garbheim, Lausamfeld, Lausamholz, Reistenhausen, Berthheim, Markt-leuthen, Reusorg, Sparned.

Die Ortskassierer werden ersucht, die Einlieferung der Abrechnungen zu beschleunigen, wenn der Jahresbericht für 1906 in diesem Jahre noch erscheinen soll.

Die Lokalabrechnungen werden hierdurch wiederholt darauf hingewiesen, daß die Fragebogen über Lohnbewegungen ohne Streik, welche an alle Zahlstellen, die Lohnbewegungen für 1907 angemeldet haben, versandt wurden, nach Beendigung der Lohnbewegung resp. nach Abschluß eines Vertrags gewissenhaft ausgefüllt nebst einem oder mehreren Exemplaren der Verträge hier einzusenden sind.

Beim Einlauf der Quartalsabrechnungen ist eine unzulässige Benutzung der Arbeitslofenmarken zu konstatieren. Es wird den Ortskassierern zur Pflicht gemacht, streng darauf zu achten, die Mitglieder auf die Vertragspflicht, sofern sie in Arbeit stehen, hinzuweisen. Es scheint die Methode einzureißen, daß einzelne Kassierer denjenigen Mitgliedern, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, einfach Arbeitslofenmarken kleben lassen. Dieser Unfug muß beseitigt werden.

Korrespondenzen.

Berlin II. Mittwoch, den 22. Februar, tagte im Englischen Garten unsere Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Arbeitsnachweis; 2. Extrasteuer; 3. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt wurde der Antrag Killaad angenommen: „Jeder Arbeitslose hat sich zweimal in der Woche bei Glaue, Krausenstraße 18, sein Buch abstimmen zu lassen, und zwar am 1. oder 2. Tage den 1. Stempel, und am 5. oder 6. Tage den 2. Stempel.“ Beim 2. Punkt der Tagesordnung entwickelte sich eine rege Debatte. Es handelte sich um die 3 Mark Extrasteuer für die Kollegen, welche am Solidaritätsstreik bei der Deutschen Steinindustrie nicht beteiligt waren. Es waren etliche der Meinung, diejenigen, welche damals während des Streiks arbeitslos waren, bräuchten die Extrasteuer nicht zu entrichten. Dagegen war die Majorität aber anderer Meinung. Es kann hier an Orte durchaus nicht anders gehandelt werden, als wenn die Zentrale eine Extrasteuer ausreibt. Der Antrag Punkt mit

Zusatzantrag Paulistat wurde denn auch einstimmig angenommen: „Jeder Kollege, welcher nicht am Streik bei der Deutschen Steinindustrie beteiligt war, ist verpflichtet, 3 Mark Extrasteuer zu entrichten. Diejenigen, welche dieselbe noch nicht bezahlt, haben Frist bis zum 1. April 1907.“ Im Punkt Gewerkschaftliches lag eine Empfehlung der Propagandakommission zur Förderung des Genossenschaftswesens in Berlin betreffs Lichtbildervortrag vor. Kollege P. Pfluck stellte den Antrag: „Uns den Vortrag mit der Filiale I zusammen halten zu lassen, falls die letztere damit einverstanden ist.“ Derselbe wurde angenommen. Kostenpunkt des Vortrages 32 Mark. Auf eine Anfrage der Arbeiterkameradschaft konnten wir leider nicht eingehen, und gingen zur Tagesordnung über, da die Zeit schon zu weit vorgeschritten war.

Blankenburg (Harz). In Anwesenheit unseres Gauleiters Paul Biewig tagte am 24. Februar eine öffentliche Steinarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Gaufonferenzbericht und Tarifangelegenheit Platz Schönfeld. Punkt 1: Der Delegierte erstattet Bericht von der Gauleitung. Die Kollegen beteiligten sich rege an der Diskussion. Die dort gefassten Beschlüsse werden für gut befunden. Punkt 2 wurde beschlossen, nochmals mit unserm Gauleiter bei der Firma vorstellig zu werden. Das Resultat war, daß die Firma den Tarif mit einigen kleinen Minderungen unterschrieb, somit sind alle Differenzen erledigt. (Das Verichtsformular Lohnbewegung ohne Streik beendet, ist sofort einzusenden. Redaktion.)

Ghemmitz. Am 19. Februar fand in der Reichsdelei, Gaimstraße, unsere Mitgliederversammlung statt. Die Gehilfenschaft nahm Stellung zur Tarifvorlage. Der Vertrauensmann führte aus, daß der jetzt bestehende Tarif am 15. Oktober v. J. ordnungsgemäß gekündigt worden ist, und dem Herrn Obermeister am 15. Dezember mitgeteilt wurde, daß eine Lohnhöhung von 15 Prozent in der noch nicht fertiggestellten Tarifabänderungsvorlage vorgesehen wurde. Die Abänderungsvorlage wurde dann am 23. Januar dem Obermeister Herrn Weber zugestellt, leider ist uns bis jetzt noch keine Antwort zugegangen. Es wurde beschlossen, daß alle durchreisenden Kollegen sich an den Kassierer August Sauer zu wenden haben, ehe sie auf den Werkplätzen nach Arbeit zusprechen. Ferner kam noch die Einstellungsfrage zur Diskussion, auch hier muß man sehen, wie mit manchen Kollegen, die sich wahrscheinlich bei den Meistern mißliebig gemacht haben, verfahren wird. Wenn sie um Arbeit zusprechen, so werden sie immer wieder bestellt, trotzdem werden andre Kollegen eingestellt, fragen sie dann wiederum nach Arbeit zu, so heißt es einfach, wir können sie nicht einstellen; Gründe wollen aber die Meister auch nicht angeben. Wir hoffen, daß die Meister in Zukunft anders verfahren.

Eberbach. Am 17. Februar tagte im Lokal Geißner eine stark besuchte Steinarbeiterversammlung. Als Referenten waren anwesend: Kollege Kraft aus Mannheim und Genosse Perrini aus Neckarau. Zuerst nahm Kollege Kraft das Wort und schilderte die Verhältnisse im Neckartale und geißelte insbesondere die Stellungnahme der Unternehmer zur Bundesratsverordnung. Da auch die Gründung eines Gewerkschaftskartells hier in Aussicht genommen ist, so erläuterte der Referent auch den Zweck und Nutzen dieses Instituts. Hierauf richtete Genosse Perrini das Wort an die zahlreich anwesenden italienischen Kollegen, erklärte ihnen den Zweck und Nutzen der Organisation. In der darauf folgenden Diskussion wurden einige hiesige Geschäfte besonders unter die Lupe genommen. Eine Firma hatte schon vor drei Wochen Späher in die Versammlung entsendet und hatte auch die Genugtuung, daß gerade ihre Mißstände zur Sprache kamen; ein Resultat, worüber der Firmeninhaber nicht besonders erbaut war. Auch wie die Gewerbeinspektion von verschiedenen Geschäften hintergangen wird, wurde berichtet. Sodann ergriffen die Referenten das Schlußwort. Sie forderten die Kollegen auf, sich politisch zu organisieren und die Parteipresse zu abonnieren. Es wurde noch der Wunsch ausgesprochen, die Zentralleitung möge uns dieses Jahr in der Agitation für das Neckartal besser unterstützen, denn daß der Erfolg sicher ist, beweist, daß unsere Zahlstelle im Winter von 8 auf 60 Mitglieder gewachsen ist.

Ebenstetten. Am Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, fand im Hötzischen Gasthaus zu Weibling eine gut besuchte Generalversammlung statt. Der Rassenbericht wurde für richtig befunden. Die Einnahmen betragen 872,24 Mark, die Ausgaben 791,91 Mark. Alles wurde in tadelloser Ordnung befunden. Besondere Anerkennung fand auch die Amtsführung des Vertrauensmannes. Durch die aufopferungsvolle Tätigkeit unserer Funktionäre ist es gelungen, die Zahlstelle sehr schön vorwärts zu bringen. Bei der Neuwahl wurden folgende Kollegen gewählt: Vorsitzender Johann Kraus-Weibling, Kassierer Kaver Kraus-Weibling, Schriftführer und Statistiker Johann Eril-Deuthen, Revisoren Alois Rekeis und Joseph Thaller. Nach Erledigung mehrerer örtlicher Angelegenheiten schließt der Vorsitzende mit dem Wunsch, daß alle künftigen Versammlungen ebenso gut besucht sein möchten wie die heutige.

Anmerkung des Schriftführers: Mögen auch in Zukunft die Versammlungen so gut besucht sein, wie die abgehaltene. Für die Steinmehren in hiesiger Gegend muß es eine Freude sein, wie das kollegiale Verhältnis unter den Arbeitern ein so inniges zu nennen ist. Müssen wir ein Jahr zurück, so müssen wir konstatieren, daß durch unsere frühere Uneinigkeit den Machinationen der Unternehmer nur Tür und Tor geöffnet war. Auch die Gegner müssen anerkennen, daß unter die Steinarbeiterschaft der hiesigen Gegend seit Gründung der Organisation ein ganz anderer Geist in die Reihen der Arbeiter gekommen ist. Möge es auch in Zukunft so bleiben.

Erfurt. Der bei der Firma C. A. Merkel am 18. Januar ausgebrochene Zustand ist nunmehr in ein Stadium eingetreten, welches für die Kollegen als günstig zu bezeichnen ist. Die am Zustand Beteiligten sind bis auf 2 Mann trotz den ausgegebenen schwarzen Listen zum größten Verdruss der Firma anderwärts in Arbeit getreten. Die von Werfa herangezogenen nützlichen Elemente weinen von Erfurt ebenfalls wieder zu verschwinden, da deren Kräfte in Werfa oder Lannroda besser verbraucht werden können. Wenn es nun der betr. Firma darum zu tun ist, ihren neuangelegten Werkplatz nicht nur als Stapelplatz von Rohmaterial zu verwenden, so hat diese bei der bevorstehenden Tarifbewegung Gelegenheit, sich mit den Arbeitern zu verständigen, um in Zukunft derartigen Differenzen aus dem Wege zu gehen. Die am 1. Februar erfolgte Kündigung des Tarifs scheint den Unternehmern jedenfalls nicht zu gefallen, denn zurzeit werden hier Neubauten in Angriff genommen, wozu die Steinmeharbeiten den hiesigen Unternehmern übertragen sind. Um nun die Tarifbewegung illusorisch zu machen, verlangt ein Unternehmer, dem die Arbeiten zu einem größeren Neubau übertragen wurden, von seinen Arbeitern die schriftliche Erklärung, daß die in Frage kommenden Steinmeharbeiten von allen etwa entstehenden Differenzen ausgeschlossen und unbedingt fertiggestellt werden müßten, andernfalls die Werkstücke auswärts hergeführt würden. Die Kollegen nahmen zu dieser Angelegenheit Stellung und kamen zu dem Entschluß, dem Ansinnen des betr. Unternehmers nicht stattzugeben und sich die Bahn für die bevorstehende Tarifbewegung freizubehalten. Man ging hierbei von der Voraussetzung aus, wenn die Unternehmer ein Interesse daran haben, daß ihre Arbeiten nicht unterbrochen werden, es lediglich an ihnen selbst liegt, sich mit den Arbeitern zu verständigen, die Steinarbeiter von Erfurt werden jederzeit bemüht sein, die Tarifbewegung auf ruhigem, gutlichem Wege durchzuführen. Um nun die Kollegen von Erfurt bei diesem Bestreben zu unterstützen, richten dieselben an die reisenden Verbandsmitglieder das Ersuchen, das Zusprechen auf den Plätzen bis auf weiteres einzustellen und sich zunächst

Radowitzstraße 40 nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen, wofelbst auch die Reiseunterstützung ausgezahlt wird. Dasselbe trifft auch auf die Granitarbeiter zu, da das am hiesigen Orte befindliche Granitwerk von August Schleifer überall Granitarbeiter sucht, ohne daß ein Bedarf dringend nötig ist. Es hat den Anschein, als wenn diese Firma dadurch die bestehenden Verhältnisse verschlechtern will, denn es sind in der letzten Zeit von den bis jetzt gezahlten Akkordlöhnen ganz gewaltige Abzüge gemacht, außerdem läßt die Geschirfrage hier noch viel zu wünschen übrig, so daß etwa zureisende Granitarbeiter gar nicht in der Lage sind, mit dem vorhandenen Werkzeug einen halbwegs auskömmlichen Arbeitsverdienst zu erzielen.

Gohmannsdorf. Sonntag, den 17. Februar, fand hier eine Steinarbeiterversammlung mit Neuwahl statt, wozu sämtliche Mitglieder bis auf einen Kollegen erschienen waren. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom Jahre 1906, welche von den Kollegen für richtig befunden wurde. Beim Punkt Verschiedenes sprach der Vorsitzende über die herrschenden tieftraurigen Zustände in den hiesigen Betrieben sein Bedauern aus. Weiter wurde beschlossen, daß in 14 Tagen die Beiträge in Ordnung sein müssen. Es wurde dann zur Neuwahl geschritten und folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Johann Spitznagel, 2. Vorsitzender Michael Heer, Kassierer Adam Delling, Schriftführer Georg Franz, Revisoren Johann Franz und Andreas Delling. Ferner haben wir aus dem verlorenen Streik gesehen, wie uns unsere Ortsangehörigen gefasst sind. Verflucht und verdammt sind wir worden, sogar von Leuten, die nicht einmal rechtsschaffen gehen können. Alles wurde probiert, um unsre Zahlstelle zu zerpfüttern, aber nicht ein einziger Kollege wich aus unsern Reihen, denn treu halten wir zu der Fahne, zu der wir geschworen. Möge eine jede Zahlstelle so ausdauernd sein, wie die Zahlstelle Gohmannsdorf, dann ist bald im ganzen Raststeingebiet mehr Ordnung geschaffen. Mit einem kräftigen Hoch auf den Steinarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg I. Eine Versammlung tagte am 20. Februar im Gewerkschaftshaus und war leider schlecht besucht. Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde Kollege Schwarz als Delegierter der Bauarbeiterkommission gewählt. Die Versammlung beschloß sich hierauf mit dem schroffen Vorgehen des Steinmeisters Schmidt, das den Kollegen schon in einem Artikel in der Nr. 7 unseres Fachblatts geschildert wurde. Der Vorstand der Sektion II teilte mit, daß auch die Marmorarbeiter mit dem Benehmen des Herrn Schmidt nicht einverstanden seien und sich die weiteren Schritte bis zu ihrer nächsten Versammlung vorbehalten. Der Gauleiter führte in seinem Situationsbericht aus, er habe für den Verband noch nicht viele neue Mitglieder gewinnen können, denn bei Ueberrahme des Gaues seien viele Zahlstellen im Niedergehen begriffen gewesen. Wir hätten sehr viele kostspielige Streiks und Lohnbewegungen in Aussicht. Die Buchführung sei an verschiedenen Orten eine mangelhafte, trotzdem unser Verwaltungssystem ein ganz einfaches sei. Die Beitragsleistung lasse auch viel zu wünschen übrig. Es wurde ferner hervorgehoben, daß die Verbandsmitglieder zu wenig wissensdurftig seien, deshalb fehle es auch an geeigneten agitatorischen Kräften. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, wie und wo sich ihm Gelegenheit bietet, für unsere Organisation zu agitieren. Auf dem Lande eigneten sich Broschüren im Nobellensstil gehalten, besser zu Agitationszwecken, als Flugblätter. Ferner wurde beschlossen, daß die Kollegen, die länger als zwei Wochen an einem andern Orte am Bau arbeiten, auch dort ihre Beiträge zu entrichten haben. Ueber Tarif und Arbeitsverträge hielt ein Kollege aus Rassel einen interessanten Vortrag über Tarifverträge. Die Gausteuer war der Stoff einer lebhaften Debatte. Die Mehrzahl der Redner hielt dieselbe für eine Beitragsverhöhung, und aus diesem Grunde wurden die Gaubeiträge mit 24 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Für die in Würzburg verurteilten Kollegen soll eine Extrasteuer von 1 Mk. erhoben werden.

Heppenheim. Am 19. Februar fand hier im Gasthaus zur Bergstraße eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Siebold referierte. Seinem Vortrage wurde reicher Beifall gespendet. Im Punkt Verschiedenes kam man auf den Gaubeitrag zu sprechen. Wir hatten im 8. Gau einen Gaubeitrag von 20 Pfg. von jedem Mitglied pro Jahr erhoben. Es schickte unser Gauleiter ein Schreiben, daß wir den Antrag akzeptieren sollen, pro Marke um einen Pfennig mehr zu erheben, für außergewöhnliche Agitation. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir wollen bei dem alten Beschluß noch bleiben bis zur nächsten Gaufonferenz. Dann soll überhaupt der Gaubeitrag abgeschafft werden.

Kassel. Am Mittwoch, den 20. Februar, nachmittags 1/3 Uhr, fand eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende gab den Bericht von der Gaufonferenz in Hannover. Die Versammlung erklärte sich mit dem Verhalten ihrer Delegierten einverstanden. Sie bedauerte lebhaft, daß der Gaubeitrag im 6. Gau abgeschafft wird. Nachdem wurde die Abrechnung vom 4. Quartal 1906 bekannt gegeben. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit derselben. Eine rege Debatte entspann sich über den 3. Punkt der Tagesordnung: „Bestehenlassen oder Aufhebung der Sperre über einzelne Grabsteingeschäfte“. In Anbetracht dessen, daß von 40 Verbandsmitgliedern am Orte nur zwei in Arbeit stehen, alle andern aber arbeitslos sind, wurde beschlossen, die Sperre aufzuheben. Die Durchführung unseres Lohntarifs wird auf eine bessere Zeit verschoben. Jeder Kollege hat die Pflicht, seine Arbeitskraft so teuer wie nur irgend möglich zu verkaufen. Jedoch soll keiner unter 60 Pfg. Stundenlohn arbeiten. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Kiel. Am 20. Februar tagte im Gewerkschaftshause eine Steinarbeiterversammlung. Der Referent, Kollege Biewig, schilderte in einem 1 1/2 stündigen Vortrage die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden dem interessanten Vortrage. Der Referent erntete reichen Beifall. Der Delegierte, Kollege Könnpapel, gab den Bericht der Gaufonferenz. Kollege Hinz verlas das Schreiben der Meister; danach wären sie nicht abgeneigt, eine Lohnverhöhung zu bewilligen für gelernte und ausgebildete Schleifer. Betreffs des andern Punkte wollen sie in Unterhandlung treten.

Metten. Die Generalversammlung, welche am 20. Februar stattfand, war äußerst zahlreich besucht. Der Vorstandsbericht, welcher vom Vertrauensmann gegeben wurde, zeigte, daß die Zahlstelle sehr gute Fortschritte gemacht hat. Der Rassenbericht gab zu einer Kritik nicht Veranlassung, es konnten die Revisoren konstatieren, daß die Buch- und Kassensführung eine musterhafte genannt werden muß. Die Anwesenden dankten den Vertrauensleuten für ihre lobenswerte Amtsführung. Alle Vorstandspersonen wurden einstimmig wiedergewählt. Die Kollegen sind mit dem Fortschritt der Zahlstelle sehr zufrieden. Auch die Meister bekennen, daß unter den Steinarbeitern seit Gründung der Zahlstelle ein harmonischer Geist weht. Vor Jahren verpflichteten sich die Unternehmer, unsern erprobten Vertrauensmann kalt zu stellen. Heute ziehen solche Mittel nicht mehr. Bemerkenswert sei, daß ein hiesiger Meister wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz 3 Monate Gefängnis erhielt. Es soll für den Mann ein Gnabengeduld eingereicht worden sein. Die führenden Honoratioren von Metten sagen, die Anzeige unsererseits sei eine Denunziation. Dieses alberne Gerücht imponiert uns nicht. Kommt wieder ein solcher Fall vor, ohne Pardon wird Anzeige erstattet. Als Arbeiter, die in einem gefährlichen Berufe tätig sind, erwarten wir, daß die bestehenden

Arbeiterschutzgesetze durchgeführt werden. Der Unternehmer wurde bestraft, weil er Sprengpulver in der Werkzeugschmiede stehen ließ. Wäre beim Eisenspißen ein Funken in den Pulverack geflogen und etliche Kollegen wären zufällig in der Schmiede gewesen, welches Unglück würde durch eine Explosion entzündet sein. In welche Notlage wären die Angehörigen der Werkleute gekommen? Darum sind wir der Meinung, lieber Remedur zu vor geschafft, als das Leben treuer Familienväter aufs Spiel setzen zu lassen. Wissen die Herren Bürger vielleicht nicht, welche ungeheuren Unglücksfälle in den hiesigen Granitbrüchen schon vorgekommen sind; soll das in Zukunft so weiter gehen? Allerdings hat es den Anschein, denn Arbeiterknochen kosten ja den Kapitalisten nichts, an frischen Kräften fehlt es ja nicht. Ein Polier findet sich hier veranlaßt, in recht unflätiger Weise über die Organisation zu schimpfen; auch einzelnen Führern des Verbands glaubt der „geistig unbedeutende“ Mann etwas am Zeuge flüden zu können. Wir werden uns mit diesem Herrn noch eingehender befassen müssen, wenn er seine Verdächtigungen nicht unterlassen will. Am Biertisch führen einzelne (wir sagen nicht alle) Poliere das große Wort gegen unsre Bestrebungen, wenn aber Versammlung ist, sind sie bei uns nicht zu sehen. Warum fehlt es da an Mut, unsern Rednern gegenüberzutreten? Im vorigen Jahre, bei Gründung der Zahlstelle, meinte ein Kleinmeister: „Die Steinarbeiter mögen sich zuvor kultivieren lassen (und er sich mit) und sich dann erst organisieren.“ Was dieser Schlaumeier will, der früher auch an der Haubant stand, ist klar. Er will uns zurückverwerfen in die Notmäßigkeit der Herren Meister. Seitdem der so stark bekämpfte Verband am hiesigen Klosterort besteht, ist in die Steinarbeiterreihen schon reichlich viel Licht in kultureller und bildender Hinsicht eingeströmt. Mit Anstrengung aller Kräfte wird die Zahlstelle Metten auch immer mehr an innerer Festigung gewinnen. Bemerkenswert sei noch, daß aus der hiesigen Gegend sehr viele Kollegen in der Fremde sind, welche uns schon unzählige Male ihre Anerkennung schriftlich ausgesprochen, daß sie sich freuen, daß es in diesem finsternen Winkel endlich vorwärts geht mit der Arbeiterbewegung.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß am Montag, den 4. März, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Grabmeier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung stattfindet, in welcher Kollege Siebold-Weipzig referieren wird. Insbesondere sind auch die Kollegen von Weibling, Ebenstetten, Neuhausen und Umgebung hierzu freundlichst eingeladen.

Mittelsteine. Hier wurde kürzlich ein Kollege aus Böhmen ausgewiesen. Derselbe hatte nichts andres verbrochen, als daß er Verbandsmitglied war. Die Unternehmer beschäftigen in hiesiger Gegend mit Vorliebe ausländische Steinmehren; sie wenden alle Nestkammittel an, um solche Leute zu erhalten. Treten die ankommenden Arbeitsbrüder unserm Verbands bei, so haben sie zu fürchten, daß ihnen die Ausweisung droht. Es wird wohl niemand glauben, daß wegen eines Steinmehren aus Böhmen vielleicht unser Kreis Neurode ins Wanken gekommen wäre. Mit der vorgenommenen Ausweisung will man allerdings bezwecken, daß die sich hier befindlichen Ausländer einschüchtern lassen.

Mittweida. Hier tagte am 17. Februar im Restaurant Rosengarten eine Mitgliederversammlung. Sie war von circa 45 Kollegen besucht. Es ist eine Blamage, wenn man eine solche enorme Zahl von Versammlungsbefuchern bekanntgeben muß. Da wir in einer Lohnbewegung stehen, hatten wir eine andre Zahl von Besuchern erwartet. Beim 1. Punkt der Tagesordnung wurde Kollege Schröder als zweiter Vorsitzender und Kollege Jentsch als Kartelldelegierter gewählt. Im dritten Punkt, Berichterstattung von den Arbeitsplätzen, wurde der große Bruch Harter sehr gerügt, weil sich die Kollegen im Fall Schönfelder sehr flau gezeigt haben. Im vierten Punkt verlas der Vorsitzende den Vertrag, welchen uns die Unternehmer zugestellt haben. Da aber die Versammlung so schwach besucht war, mußte von einer Beschlußfassung abgesehen werden. Es wurde eine Extraversammlung für die nächsten Tage vorgesehen, die sich hauptsächlich mit diesem Wandvorn von Vertrag beschäftigen soll.

Neufkirchen-Mehlingen. Am 17. Februar tagte bei Herrn Geuzer eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Der erste Vorsitzende gab den Jahresbericht. Bei Beginn des Jahres 1906 zählte unsere Zahlstelle 88 Mitglieder, und jetzt bloß noch 39. Der Grund zu diesem Rückgang ist der, daß im vergangenen Jahre die Kollegen von Entenbach-Alfensborn Bücher ausfertigen ließen und die meisten von ihnen jetzt noch mit ihren Beiträgen rückständig sind. Da letztere Kollegen im Sommer über in Strassburg, Mannheim, Metz, Bielefeld arbeiten, unter der Angabe, daß sie unserer Zahlstelle angehören und da ihre Bücher liegen haben, möchten wir besonders alle Zahlstellen auf die Kollegen von Entenbach-Alfensborn aufmerksam machen. Nach unserm heutigen Beschluß nehmen wir keinen Kollegen von diesem Orte mehr auf; denn wenn sie zu Haus arbeiten, zahlen sie nicht, aber wenn es in die Fremde geht, drücken sich diese Leute ebenfalls vom Beitragszahlen. Mit solchen Elementen räumen wir hier gründlich auf. Die Folgen einer derartigen Lauheit werden sich die Kollegen aus den genannten Orten selbst zuzuschreiben haben.

Zabel. Am 17. Februar tagte unsere Generalversammlung. Der Kollege Walter als Leipzig sprach über Zweck und Nutzen des Verbands und setzte uns dieses Thema in vortrefflicher Weise auseinander. Der Kassierer W. Münch wurde zum Vorsitzenden gewählt. Beschlossen wurde, in Zukunft eine energische Agitation zu entfalten. Auch über die miserablen Lohnverhältnisse wurde eingehend diskutiert, eine Zulage der bestehenden Lohnsätze muß unter allen Umständen angestrebt werden. Im Punkte Arbeiterschutz hapert's hier ebenfalls noch sehr stark. Bemerkenswert sei, daß wir jetzt über vier Lokale verfügen und in diesen abwechselungsweise unsere Versammlungen abgehalten werden.

Rundschau.

Dr. August Winter †. Am 25. Februar starb, 40 Jahre alt, in der Irrenanstalt zu Liegnitz Genosse Dr. Winter, ehemals Arbeitersekretär in Kattowitz (Oberschlesien). Der Verstorbene war ein Mann von hervorragender Begabung und er stellte seine Arbeitskraft uneigennützig in den Dienst des Proletariats. Das Arbeitersekretariat in Kattowitz kam unter Winters Leitung zur höchsten Blüte. Im Jahre 1901 hatte dieses Institut nicht weniger als 10000 Besucher.

Im Jahre 1904 unnahtete sein Geist und er wurde in der genannten Anstalt zu Liegnitz untergebracht. Mit August Winter ist in Wahrheit ein Pionier unserer Sache dahingegangen, einer jener treuen, bescheidenen, aber wunderbar zähen und tapferen Männer, die unter unsäglichen Entbehrungen der Bewegung die Wege bahnen, „Roharbeit im Urwald“ leisten, wie Winter selbst treffend von der agitatorischen Arbeit in Oberschlesien sagte.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes betr. die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 zugegangen. Der Gesetzentwurf behandelt die Frage in fünf Paragraphen. In § 1 wird bestimmt, daß eine Zählung aller Personen, die zur Invalidenversicherung Beiträge entrichten, solcher, die Unfall- oder Invalidenrenten beziehen, und der Witwen und Waisen vorgenommen werden soll. In den weiteren Para-

graphen wird bestimmt, daß die statistischen Aufnahmen von den Landesregierungen bewirkt werden, wobei das Reich die Kosten zu tragen hat. Die Aufnahmen sollen sich nur auf den Familienstand, die Berufs- und Erwerbsverhältnisse beziehen. Jedes Eindringen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse soll ausgeschlossen sein. Wer die an ihn gerichteten Fragen falsch beantwortet oder zu beantworten verweigert, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. bestraft.

Eine Organisation, die den Streikbruch organisiert?

Der Grundstein veröffentlicht nachstehenden Brief:
Telephon: Amt 7, Nr. 4782.
Bureaustunden: Berlin, den 26. Jan. 1907.
9—11 Uhr vorm., 5—8 Uhr nachm.

Sehr geehrter Herr!
Um den vielfachen Wünschen unserer Verbandsmitglieder gerecht zu werden, erlauben wir uns Ew. Wohlgebornen nachfolgende Bitte vorzutragen. Seit ungefähr zwei Jahren besteht im Verbands der katholischen Arbeitervereine ein Arbeitsnachweis für sämtliche Berufsgruppen. Für die Bauhandwerker: Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter usw., konnte bislang die Arbeitsvermittlung nicht so erfolgreich betrieben werden, weil die „freien“ Gewerkschaften auf unsere katholischen Arbeiter einen Zwang ausübten, sich dem sozialdemokratischen Maurerverbande anzuschließen und dessen Nachweis zu benutzen. In mehreren Fällen haben auch die Herren Poliere sich durch diese Organisationen beeinflussen und einschüchtern lassen, indem sie die von unserm Verbands gefandten Arbeiter solange nicht annehmen, bis sie das Quittungsbuch der Freien Gewerkschaft vorzeigen konnten.

Damit nun aber in Zukunft unsere Verbandsmitglieder von diesen Vergewaltigungen befreit bleiben, bitten wir Sie, geehrter Herr, unsere Bestrebungen in dieser Hinsicht durch Benutzung unseres Arbeitsnachweises tatkräftig zu unterstützen. Jährlich kommen aus allen Gegenden Deutschlands unsere Verbandsmitglieder zu Tausenden nach Berlin, um im Baugewerbe zu arbeiten. Wenn wir schon jetzt vor Beginn der Saison Nachricht erhalten könnten, wieviel Arbeiter Sie von unserm Arbeitsnachweis anzunehmen geneigt wären, so wäre es uns gewiß möglich, ganze Bauten durch unsere Leute zu besetzen. Wir hoffen deshalb auch von Ihnen, geehrter Herr, eine zugehende Antwort zu erhalten und sagen im voraus unsern besten Dank dafür.

Mit größter Hochachtung
Verband der katholischen Arbeitervereine
(Stempel) (Sitz Berlin)
Berlin C. 25, Kaiserstr. 37.
Arbeitsnachweis.
J. A.: Joh. Müller.

Das Schreiben ist, wie Der Grundstein dazu bemerkt, allen Bauunternehmern in Berlin zugestellt. Das muß im Hinblick auf die bevorstehende Lohnbewegung im Berliner Baugewerbe sehr auffällig erscheinen. Um so mehr, als die katholische Fachabteilung vor Jahresfrist, als in Breslau die Lohnbewegung im Baugewerbe vor der Tür stand, ein ähnliches Schreiben an die dortigen Unternehmer versandte, wodurch der weitere Verlauf der Bewegung sehr stark zuungunsten der in Frage kommenden Berufe beeinflusst wurde. Dasselbe Bild scheint sich hier in Berlin zu wiederholen, so daß die Frage nicht ungerechtfertigt erscheint, ob die katholische Fachabteilung ihre Existenz nur noch dadurch aufrecht erhalten kann, daß sie durch ihr vorzeitiges Massenaufgebot von Arbeitskräften jede größere Lohnbewegung im Keime zu ersticken sucht und somit schon den Streikbruch in Friedenszeiten organisiert. Inzwischen scheint die erbetene Antwort der Unternehmer schon erfolgt zu sein. Der katholische Arbeiter erhält folgende Annonce:

Berlin.
Berliner Arbeitsnachweis, Kaiserstr. 37.
Es können circa 1000 bis 2000 Maurer, Zimmerer, Stuckateure, Putzer, Kaminputzer, Bauhilfsarbeiter und Erdarbeiter, welche in Berlin auf Beschäftigung rechnen, ihre Adressen einsenden an die Zentrale, Kaiserstr. 37. Sozialdemokratisch organisierte Arbeiter werden nicht berücksichtigt.

Submissionsergebnisse. Am 24. Februar hat zum zweitenmal die Vergebung der Rohbauarbeiten des Hauptpostgebäudes am neuen Bahnhof in M e h, und zwar diesmal in drei getrennten Rufen, stattgefunden. Los 2 betraf die Steinmearbeiten. Folgende Angebote wurden abgegeben: Rahm-Kaiserslautern 248 628.30 Mk., Christ. Hode-Kaiserslautern 258 923.93 Mk., Schnitzler 264 980.75 Mk., Rothr. Baugesellschaft 274 600.93 Mk., Steinbruchbetrieb Niederweiler 275 742.05 Mk., Rudloff-Sträßburg 278 014.10 Mk., Steinmeh 278 031.60 Mk., Michael Hode-Kaiserslautern 278 690.85 Mk., Wolard u. Bauer-Sträßburg 284 490.21 Mk., Holzmann u. Cie., 288 926.82 Mk., Zimmermann-Schönburg 296 725 Mk., Düren 301 048.10 Mk., Römer-Steinburg in Rodern 302 131.41 Mk., Oberbahn-Sträßburg 313 117.78 Mk., Steinbruchbetrieb Köln 316 433.93 Mk., Geister 318 915.10 Mk., Deutsche Steinwerke Eltmann 322 801.05 Mk., Th. u. W. Schulte-Rühlburg 333 307.40 Mk., Kauscher-Schmitt-Liefenbach 338 143.68 Mk., Dündorf-Erben 340 540.99 Mk. und Joh. Geim-Sträßburg 355 462.78 Mk.

Tödlicher Bauunfall. Kurz vor Feierabend ereignete sich am 23. Februar auf dem Neubau der Agl. Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in Potsdam ein folgenschwerer Bauunfall, dessen Opfer inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist. Auf der Ostseite des dreistöckigen Hauptgebäudes war der in der Alten Luisenstraße 3 wohnhafte Steinmeh Pauls mit dem Versehen des Sandsteingewerks beschäftigt, wobei ihm der Handlanger Jesh behilflich war, die mehrere Zentner schweren Sandsteinblöcke zurechtzurichten. Durch einen Fehltritt stieg Jesh auf eine Gefsimstante, die sich mit polterndem Geräusch löste, die Hüftung aller Etagen durchschlug und in die Tiefe stürzte. Jesh wurde von den Sandsteinblöcken mitgerissen und erlitt drei rechtsseitige Rippenbrüche, einen Oberschenkelbruch, eine Arie- und eine Weichteilverletzung. Trotzdem Kollege Pauls beim Zusammenbruch zur Seite sprang, stürzte auch er aus zirka 20 Meter Höhe in die Tiefe und zog sich eine große Kopfwunde zu. Beide Verunglückte wurden im Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo nachts um 3/11 Uhr Jesh seinen fürchterlichen Verletzungen erlag. Pauls, der außerdem einen Herbschopf erlitten hat, hofft man am Leben zu erhalten. Beide waren Familienväter und standen in den 30er Jahren.

Ein gefühlvoller Arbeitgeber. In einem Bruche des Kalkbrennerei- und Steinbruchbesizers N. Schrader zu

Königs-Lutter verunglückte am 16. Febr. der etwa vierzig Jahre alte Verbandskollege Raguta. Denselben flog beim Sprengen des gefrorenen Erdreichs ein Stück mit solcher Gewalt gegen die Schläfe, daß der Tod sofort eintrat. Die beiden Mitarbeiter des N. trugen den Verloren auf ein dem Herrn Schrader gehörendes Stein-Fuhrwerk, das gerade ankam, und transportierten ihn nach seiner Wohnung. Die Kollegen hatten somit ihre Pflicht getan. Anders aber dachte der Arbeitgeber. In demselben Abend bei der Lohnzahlung mußten die beiden Kollegen und auch namentlich der Leiter des Fuhrwerks die bittersten Vorwürfe anhören. Schrader sagte beinahe wörtlich: „Wie kommen Sie dazu, mein Fuhrwerk dazu zu nehmen, darüber habe ich zu befehlen, hätte der Wagen eine Fuhr verfaßt, so hätte ich Ihnen den Betrag dafür abgezogen.“ Als die Leute erwiderten: Wir konnten doch den N. nicht liegen lassen, sagte der mitleidige Mann: „Er konnte recht gut noch ein paar Stunden liegen bleiben und hätte nichts davon gefühlt, warum hat er das überhaupt gemacht, er ist selber schuld daran usw.“ Die Arbeiter waren über die Auslassung des Herrn Sch. mit Recht entrüstet. Es muß als unerhört bezeichnet werden, daß ein Unternehmer sich nicht scheut, überhaupt einen solchen Anspruch zu tun, der das menschliche Gefühl in so schroffer Weise verletzt.

Sonderbad (Hessen). In einem hiesigen Steinbruch wurde ein Granitblock, welcher einen Inhalt von 200 Kubikmeter hat, gebrochen. Der Block wiegt 12 000 Zentner, was der Tragkraft von 60 Eisenbahnwagenladungen à 200 Zentner gleichkommt.

Striegau (Schlesien). Die hiesigen Granitunternehmer haben beschlossen, in ihren Brüchen den elektrischen Betrieb für Sebezeuge, Pumpwerke, Bohrmaschinen usw. einzuführen.

Wärzburg. Die Baufirma Kopp u. Schwarz erwarb in Rottenbauer ein 11 288 Quadratmeter großes Grundstück, um dort einen Mischkalksteinbruch anzulegen.

Der Verband der Steinindustriellen Düsseldorf besteht nun seit einem Jahre und zählt ca. 40 Mitglieder. Wie wir dem Deutschen Steinbildbauer usw. entnehmen, teilt er sich in drei Abteilungen: 1. Braubrande, Steinmeh, 2. Bildhauer in Stein; 3. Grabdenkmalgeschäfte, welche durch einen Obmann, der zugleich Vorstandsmitglied ist, geführt werden. Zweck des Verbandes ist die gemeinschaftliche Regelung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse usw. Im vergangenen Jahre hat der Verband einen Streik und zwei Aussperrungen auf glücklichem Wege erledigt. Der Verband geht Hand in Hand mit dem Verband deutscher Steinmehgeschäfte zu Berlin.

Der Buchdrucker-Verband hatte am Jahreschluss ein Vermögen von 4 941 015.43 Mk. Ende 1905 betrug es 4 891 852.97 Mk., ist also um 49 162.46 Mk. gestiegen. An Eintrittsgeldern und Beiträgen gingen im letzten Jahre 883 269.05 Mk. ein, an Unterstützungen usw. wurden 634 094.59 Mk. gezahlt.

Der Handlungsgehilfenverband steigerte im Jahre 1906 seine Mitgliederzahl von 5815 auf 6692, hatte also eine Zunahme von 877 Mitgliedern.

Der Sattlerverband hat im Jahre 1906 sich günstig entwickelt. Seine Mitgliederzahl stieg von 6010 auf 6717, erhöhte sich also um 707. Das Vermögen der Hauptkasse stieg von 58 688.39 Mk. auf 64 102.95 Mk.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Berlin I. Alle Kollegen, welche zum April ihre Wohnung wechseln, werden ersucht, ihre genaue Adresse umgehend an den Unterzeichneten einzusenden. Desgl. diejenigen Kollegen, welche trotz Adressenangabe den Steinarbeiter nicht erblitten.
Ernst Winkler, Berlin N. 58., Gleimstr. 36, II.

Lübeck. Die Zureisenden haben sich, ehe sie Umschau halten, beim Vorstehenden zu melden.
Karl Pauder, Lübeck, Langerloßberg 80/82.

Düneburg. Zureisende Kollegen haben sich, bevor sie umschau, bei dem Vorstehenden G. Hartwig, Rotenbleicher Weg 16, zu melden, woselbst auch die Reiseunterstützung ausgezahlt wird.

Pilgramsreuth. Der Steinmeh Georg Volt wird ersucht, seine Adresse sofort an Unterzeichneten einzusenden.
Johann Volt, Steinmeh, Pilgramsreuth, Post Rebau.

Regensburg. Zureisende haben sich beim Vertrauensmann W. Kürzinger, Kepplerstraße D. 102, zu melden.

Wärzburg. Durchreisende haben die Reiseunterstützung im Gasthaus zum Ochsen, Juliuspromenade, in Empfang zu nehmen.
Der Kassierer.

Kopenhagen (Dänemark). Der Steinmeh Holger Petersen aus Kopenhagen wird ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten sofort einzusenden, da seine Mutter Familienverhältnisse wegen seinen Aufenthaltsort zu wissen wünscht.
S. Jakobsen, Formand, Kopenhagen, Thorsgade 28, 4. L.

Adressen-Änderungen.

(In Städten und größeren Orten muß bei Adressenänderungen Straße und Hausnummer der Zahlstellenfunktionäre angegeben sein. Wo diese Angaben unterbleiben, kann auf eine Veröffentlichung der Adressen nicht gerechnet werden.)

- Greifswald.** Kass.: Ernst Baumann, Sonnenstraße 28.
- Gravinkel.** Kass.: Karl Schäfer.
- Bayreuth.** Kass.: Georg Schöberlein, Jakobstraße 28.
- Anweiler.** Vorf. u. Kass.: Christ. Schmidt, Alte Str. 246.
- München.** Kass.: Kaver Käfer, Holzstraße 88, Rlg. III.
- Hamburg a. S.** Vorf.: Albert Strobel, Michaelisstr. 45.
- Kass.**: Paul Reihwed, Schulstraße 26. Gewerkschafts-Vorberge: Schwarzer Adler, Georgenberg.
- Kassel II** (neue Zahlstelle im 6. Gau). Vorf. u. Kass.: Richard Schloßmacher, Holländische Straße 92.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 18. bis mit 23. Februar 1907.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Krankens- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
Breslau I, E. 8.—; Kirchberg, E. 20.50, M. 1.30; Bunzlau, K. 80.—; Brück, B. 6.08, E. 8.—; Gravinkel, B. 115.—; Löbejün, B. 87.60; Meißen I, B. 690.—, K. 20.—; Müstler, B. 134.22, K. 4.50; München, B. 567.88, E. 2.—, K. 39.90; Plagwitz-Bödenberg, B. 92.—; Birges, B. 80.36, K. 1.20; Martensburg, B. 3.95; Beelitz, B. 1.40; Brenzlau, B. 7.10; Heßla, B. 2.30; Fürstenberg, B. 1.90; Sonderburg, B. 4.50; Schmölln, B. 7.65; Dillisch, B. 4.—; Wunsiedel, B. 184.80, E. 5.—, M. 0.75, K. 7.40; Ochsenbach, B. 42.—, M. 0.30, K. 3.—; Müllenberg, B. 16.80, K. 5.70; Matz, B. 198.—, K. 1.60; Frankfurt a. M., K. 30.—; Eberbach, B. 7.60, E. 4.50, K. 14.—; Altbendorf, B. 21.84, E. 0.50, M. 0.30, K. 3.50; Gelnhausen, B. 101.20, E. 1.50, K. 14.10; Meißen II, B. 210.—; Unken, B. 168.—, K. 9.—; Schöningen, B. 49.56, K. 7.10; Neubaus, B. 4.56, E. 6.—; Wittau, B. 0.50; Eebach, B. 184.—; Brettenborn, B. 53.20, K. 8.60, jurid. gest. Streikunterstützung 30.—; Leipzig I, B. 100.—.
Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Göttingen. Die Berichte werden nach Drucklegung der Zeitung vernichtet; Deinem Wunsche können wir also nicht nachkommen. Es soll P² aber sehr gern beschäftigt sein, daß die Redaktion diese

Änderung vornahm. — **Gravinkel, S. S.** Der Leipziger Zentralbahnhof kostet 117 Millionen Mark. Die Kosten werden von Preußen und Sachsen je zur Hälfte getragen. — **Böln, S.** Gerade noch zeitig genug eingetroffen. Auch in Zukunft die Mitarbeit nicht vergessen. Besten Dank und Gruß. — **Meißen, München, Galeriestr. 17.** Preis pro Vierteljahr 1.50 Mk.

Eine Anzahl Berichte mußten zurückgestellt werden.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin I.

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c.

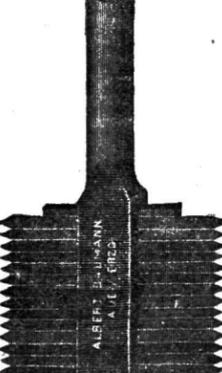
Tagesordnung:
1. Endgültige Beschlußfassung über Annahme bezw. Ablehnung des Tarifs.
2. Verschiedenes.
Nicht jedes organisierten Kollegen ist es, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter von Wurzen u. Umg.

Sonntag, den 10. März
2. grosses Winterfest
im Gasthof zu Hohburg.
Programm: Von abends 1/2 5 Uhr an Ball verbunden mit komischen Vorträgen, Radfahrereigen und einer Festrede.
Auch findet eine große Verlosung statt.
Die Ortskassierer der einzelnen Orte werden hierdurch angewiesen, ihre Mitglieder, deren Frauen und Angehörige auf das zweite große Winterfest aufmerksam zu machen.
Das Festkomitee.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jackets, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.



Albert Baumann

Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Eine größere Anzahl
Steinmetze
können sofort eintreten, dauernde Arbeit, festen Tarif.
Granit- u. Syenitwerke Frohmann & Co.
Reinheim (Hessen).

Ein zuverlässiger Marmorhauer

(Möbelarbeit)
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Entlohnung nach Hamburg-Altonaer Tarif, pro Stunde 65 Pfg.
G. Kiessling (Marmorgeschäft), Altona
Adolfstr. 90.

Granitschleifer

für Maschine und Hand findet dauernde Beschäftigung bei
Ernst Rissmann
Kandern bei Freiburg (Baden).
Einer, der etwas Steinhauen kann, wird bevorzugt.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)
Alt-Darhan. Am 28. Februar starb an der Berufskrankheit der Kollege **Anton Virnekäs** im Alter von 81 Jahren.
Copitz. Am 22. Februar starb an der Berufskrankheit unter Kollege **Erwin Schöne** im Alter von 47 Jahren.
Leipzig I. Am 22. Februar starb an der Berufskrankheit unter Kollege **Gustav Huhn** im Alter von 30 Jahren 14 Tagen.
Leipzig II. Am 20. Februar starb an der Schwindsucht unter Kollege **Bernhard Zeffel** im Alter von 46 Jahren.
München. Nach längerem Leiden starb am 18. Februar unter Kollege **Kaspar Reindl** im Alter von 25 Jahren an der Berufskrankheit.
Strehlen. Infolge eines Unfalles starb am 22. Februar unter treuem Verbandsmitglied **Wilhelm Knetsch** aus Krummendorf im Alter von 28 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Das Genossenschaftswesen.

„Das Schicksal der deutschen Arbeiter hängt davon ab, daß der jetzt wieder ausgebrochene Kulturkampf nicht mit einer Niederlage der Regierung endet!“ — so schrieb wenigstens der nationalsozialistische Pastor Fr. Naumann in Nr. 52 (1906) der Hilfe, einen Tag vor Silvester, wo bekanntlich der Punschbrief Bülow's produziert wurde. Der „Kulturkampf“ bezog sich damals auf das Zentrum, der Silvesterbrief Bülow's stellte den Kurs des Reichschiefs schon wieder nach schwarzen Segeln ein. Die Propaganda Naumann's vom „wieder ausgebrochenen Kulturkampf“ war der Lächerlichkeit verfallen, noch ehe die Drucker-schwärze der Silvesternummer der Hilfe abgetrocknet war.

Eins allerdings ist eingetreten, was auch Naumann nicht vorausgesehen hat. Eine schwere Niederlage der Partei, deren Kern die deutschen Arbeiter bilden, der Sozialdemokratie. Die Regierung hat gesiegt.

Ueber das Wie, das Warum usw., sowie über die aus der schweren Niederlage zu ziehenden Lehren in bezug auf politische Taktik der Organisationen und vor allem der politischen Presse ist hier nicht zu sprechen, sondern nur kurz darzutun, daß „das Schicksal der deutschen Arbeiter“ weder von den Niederlagen noch von den Siegen der Regierung abhängt.

Soweit die Gewerkschaftsbewegung der deutschen Arbeiter in Betracht kommt, die als Wirtschaftsbewegung mehr oder minder mit der Genossenschaftsbewegung der deutschen Konsumentenmassen zusammenhängt, ist nur das Eine zu sagen: daß die am Jahresabschluss 1907 mit Sicherheit zu zählenden zwei Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften einen Fonds von physischer, geistiger, wirtschaftlicher, finanzieller, insgesamt kultureller Kraft darstellen, den Siege oder Niederlagen der reaktionären preussisch-deutschen Regierung nicht im geringsten zu erschüttern vermögen.

Die politische Kraft der deutschen Arbeiterklasse wurzelt eben letzten Endes — und damit kommt die materialistische Geschichtsauffassung am sichersten auf ihre Rechnung — in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, deren Steigerung nicht nur eine spezielle Sache der Arbeiterklasse ist, sondern sich als eine innere Notwendigkeit für den aktuellen Fortschritt des Volkes von selbst ergibt. Mehr darüber zu sagen, steht den berufenen Führern der deutschen Gewerkschaften zu.

Aber noch eine andere Seite der organisierten Wirtschaftsbewegungen des deutschen Volkes widerspricht der Auffassung, als ob von einer politischen Niederlage der Partei, die beinahe nur noch zu siegen gewohnt war, „das Schicksal der deutschen Arbeiter abhängt.“ Auch in der deutschen Genossenschaftsbewegung wurzeln die Wirtschaftsinteressen der Arbeiterklasse mit unzerstörbarer Kraft. Es ist dies um so bedeutsamer, als die Arbeiter, wenn auch die Basis oder den Kern der deutschen Konsumentenbewegung darstellend, hier doch verschmolzen sind mit einem starken Prozentsatz (zirka 13 Proz.) anderer Konsumentenschichten und so eine Wirtschaftskraft darstellen, die in ideeller Konkurrenz mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Arbeiter einen noch viel unzerstörbareren Kraftfaktor der Arbeiterklasse bildet.

Ist der politische Einfluß der Arbeiterklasse auf eine im Leben des Volkes kaum spürbare Spanne Zeit zurückgedämpft, so fluten um so mächtiger die Wellen der gewerkschaftlichen und der genossenschaftlichen, das heißt der rein wirtschaftlichen Organisationen, ohne die sich nun einmal der kulturelle Fortschritt eines Volkes nicht mehr denken läßt.

Kommt dazu eine Regeneration der seitherigen politischen Taktik in Presse und Parlament, so wird man bald

sehen, daß Sieg oder Niederlage der Regierung für das „Schicksal“ der deutschen Arbeiter nicht im mindesten entscheidende Bedeutung besitzen.

So wie die Cadres der gewerkschaftlichen Organisationen sich füllen, um die ihnen gestellten sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen, so werden auch die Konsumentvereine fortschreitend eine Ansammlung der Wirtschaftskräfte der Arbeiter aufweisen, die mitwirken beim kulturellen Auf- und Weiterbau ihrer Existenzverhältnisse. Jedes in seiner Art.

Das Jahrbuch des Zentralverbandes der deutschen Konsumentvereine, das vor kurzem erschienen ist, zeigt in dieser Beziehung klar und deutlich, daß den Konsumentenmassen immer mehr die Notwendigkeit und die volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit der organisierten Warenvermittlung und der genossenschaftlichen Produktion zum Bewußtsein kommt. Die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumentvereine betrug am Schlusse des Jahres 1905 über 800, nachdem ihm Ende 1902: 585, 1903: 685, 1904 760 Vereine angehört hatten.

Dieser Zentralverband umfaßt die Mehrheit der deutschen Konsumentvereinsmitglieder, wenn auch nicht die Mehrheit der Vereine. Denn insgesamt gibt es deren in Deutschland rund 2100 mit 1¼ Million Mitgliedern, während die inbegriffenen 800 Vereine des Zentralverbandes 720 000 Mitglieder zählen.

Der Umsatz der Konsumentvereine des Zentralverbandes und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumentvereine von im ganzen 188 418 769 Mk. setzt sich zusammen aus einem Umsatz von 168 284 999 Mk. im eigenen und 20 133 770 Mk. im Lieferantengeschäft. Von den selbst verkauften Waren war mehr als der zehnte Teil, nämlich für 17 464 126 Mk. aus eigenen Produktionsstätten hervorgegangen. Die Eigenproduktion der Konsumentvereine im Verband übersteigt die der eigentlichen Produktivgenossenschaften etwa um das Fünffache. In erster Linie befassen sich die Konsumentvereine mit der Herstellung von Backwaren. Zirka 130 Genossenschaften haben eigene Bäckereien, zum großen Teile fabrikmäßige, mit den modernsten technischen und hygienischen Errungenschaften ausgestattete Musterbetriebe. Daneben finden sich in kleinerem Umfang Schlächtereibetriebe, meist Schweine-schlächtereien (17 Vereine), Kaffeerösterei, Wäschereien und Konfektion (je 5), Limonaden- und Mineralwasserfabrikation (4), Molkerei und Molkerei (je 3), Zigarrenfabrikation und Destillation (je 2) und vereinzelt Tischlerei, Schuhwaren-, Birken-, Besen-, Sauertraufabrikation usw. Das Anteilkapital der Konsumentvereine hatte Ende des Jahres 1905 eine Höhe von 14 099 602 Mk. erreicht, die angesammelten Fonds eine solche von 6 715 530 Mk. Es kommt also auf das Mitglied ein durchschnittliches Betriebskapital von rund 30 Mk.

Die Konsumentvereine hatten zusammen einen Grundbesitz im Werte von 28 274 103 Mk., dem eine Hypothekensbelastung von 14 749 429 Mk. gegenüberstand. Von dem Geschäftsüberschuß, der 9½ Proz. des Umsatzes ausmachte, kamen 16 163 537 Mk. als durchschnittlich achtprozentige Rückvergütung an die Mitglieder zur Verteilung; der Rest wurde den verschiedenen Fonds zugewiesen respektive auf neue Rechnung vorgetragen. Beschäftigt wurden von den Konsumentvereinen 9595 Personen, davon 7667 in der Warenabteilung und 1828 in der Produktion.

Der Umsatz der gesamten (2100) deutschen Konsumentvereine beträgt rund 300 Millionen Mark, der Reingewinn 29 bis 30 Millionen Mark. Wie schon früher gezeigt wurde, können diese Ziffern versechsfacht werden, wenn vor allem die Arbeiter bis in die letzte Familie hinein begriffen haben werden, daß sie in erster Linie ihr rein wirtschaftliches, ihr Konsumenteninteresse durch die Konsumentvereine wahrnehmen können.

Und da durch die gegebene, höchst präferable politische Situation, die eine im Interesse der Arbeiterklasse notwendige Wirtschaftsreform auf absehbare Zeit als aussichtslos erscheinen läßt, während gleichzeitig mit einer im Laufe des Jahres eintretenden Wirtschaftskrise zu rechnen ist — moran selbst preussische Minister denken —, die Existenzlage der Arbeiter aufs schwerste gefährdet erscheint, so bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als neben der intensivsten gewerkschaftlichen Tätigkeit um Erringung besserer Löhne noch stärker als seither den organisierten Wareneinkauf in Angriff zu nehmen, der ihnen wenigstens 8 bis 10 Proz. ihrer Ausgabe für Lebensmittel usw. als Ersparnisse sichert oder um diesen Betrag ihre Kaufkraft steigert.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die mit Familien zu rechnen haben, können und sollen gar keinen andern Standpunkt einnehmen in dieser Frage, weil er ihnen durch die Wirtschaftspolitik des Reiches und der herrschenden Klassen direkt vorgezeichnet ist. Stärken sie auf dem Wege der intensivsten gewerkschaftlichen Tätigkeit und auf dem der stärkeren Unterstützung der Konsumentgenossenschaftsbewegung ihre wirtschaftliche Unterlage, so haben sie das allermeiste getan zum Ausgleich der augenblicklichen schlimmen politischen Lage der Arbeiterklasse, in die sie vorläufig — gleichviel durch welche Umstände — geraten ist. Und ihr „Schicksal“ in dem nun anhebenden wirklichen Kulturkampf um bessere Lebenshaltung auf dem gesamten Wirtschafts- und Kulturgebiet und einschließend der besseren Neugestaltung der politischen Verhältnisse — zusammengefaßt in dem Schrei: Mehr Brot und mehr Freiheit! — wird weder von dem Siege der Regierung im Jahre 1907, noch von irgendeinem andern oder von irgendeiner politischen Niederlage abhängig sein.

Welche Bedeutung das Genossenschaftswesen mit seiner nicht nur sozialisierenden, sondern unverkennbar sozialistischen Tendenz überhaupt im deutschen Wirtschaftsleben erlangt hat, zeigt eine Statistik des Jahr- und Adressbuchs der Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften Deutschlands, das von der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse herausgegeben wird.

Danach wurden im ganzen am 1. Januar 1906 für Deutschland 24 652 einzelne Genossenschaften mit 3 658 437 Mitgliedern gezählt. Diese Genossenschaften werden in der Statistik des Jahrbuchs in 18 verschiedene Gruppen (Kredit-, Produktiv-, Rohstoff-, Werk- usw. Genossenschaften) eingeteilt; zahlenmäßig überwiegen die Kreditgenossenschaften (15 108 mit 2 018 821 Mitgliedern), dann folgen 1922 Konsumentvereine mit 977 715 Mitgliedern und 3264 ländliche Produktivgenossenschaften mit 239 729 Mitgliedern. Unter den ländlichen Genossenschaften überwiegen die Meiereigenossenschaften. Ländliche Rohstoffgenossenschaften gibt es 1702 mit 141 804 Mitgliedern, gemerbliche Rohstoffgenossenschaften 229 mit 8279 Mitgliedern. Ferner sind zu erwähnen 641 Wohnungs- und Baugenossenschaften mit 122 430 Mitgliedern. Neben diesen gibt es noch 73 Baugenossenschaften mit 7514 Mitgliedern, die jedoch nur zum Zwecke der Errichtung oder des Erwerbs von Vereinshäusern gebildet wurden. In der Zeit vom 1. Januar 1905 bis zum 1. Januar 1906 wurden in Deutschland neugegründet 1459 Genossenschaften mit 68 891 Mitgliedern, aufgelöst 372 Genossenschaften mit 26 346 Mitgliedern. Bei den letzteren sind am wenigsten die Konsumentvereine beteiligt.

Die Differenzzahlen der Konsumentvereine (Jahrbuch des Zentralverbandes: 2100 Konsumentvereine mit rund 1¼ Million Mitgliedern; Statistik der Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften: 1922 Konsumentvereine mit 977 715 Mitgliedern) erklären sich daraus, daß von der letzteren Statistik die nicht eingetragenen Vereine außer Ansatz

Der Kampf um die Unfallrente.

Ein Musterfall nach dem Unfallversicherungsgesetz von Adolf Hermann.

I.

Ueber die Unfallversicherungsgesetzgebung sind unsere Kollegen leider noch sehr schlecht informiert. An der Hand eines Beispiels soll nun den Kollegen Margelegt werden, wie vorzugehen ist, wenn dem einen oder andern ein Unglücksfall zustoßt.

Am 5. April, nachmittags 3 Uhr, stürzte vom Neubau der Firma Goldberg in Köln der 39 Jahre alte Steinbauer Karl Freiberg. Der Verunglückte stand bei dem Baugeschäft Bruch u. Schneller in Arbeit und war mit dem Versehen einer Sandsteinfassade beschäftigt. Die Ursache des Unfalles wurde seitens der andern Arbeiter darin gefunden, weil die Dielen und Gebel angefault waren und so einem vermehrten Druck nachgaben; der Kollege stürzte vom zweiten Stockwerk ab und blieb bewußtlos und blutüberströmt liegen. Die herbeigerufene Sanitätswache legte den ersten Notverband an, der schnell herbeigerufene Arzt Dr. med. Menglich ordnete nach kurzer Untersuchung die Ueberführung des Verletzten in das Krankenhaus an. Den Transport nach der in der Eifelstraße belegenen Wohnung hielt der Arzt bei der anscheinend schweren Verletzung für zu gefährlich. Erst in der Vesperpause konnten die Freunde des Freiberg über den Fall sprechen. Was soll nun geschehen? Der arme Kollege war wohl im Krankenhaus, vielleicht schon unter dem Messer der Ärzte böslich verblutet!

Wer sollte der Familie des Verunglückten den traurigen Vorfall mitteilen? „Heilmann, Du wohnst ja in der Nähe von Freiberg, tröste Du die arme Frau,“ rief man einem jüngeren Kollegen zu, der schweigend sein Brot verzehrt hatte.

Kein andrer war auch berufener als er dazu, den traurigen Auftrag auszuführen. Heilmann hatte die Welt gesehen, war trotz seiner Jahre in der Gesetzgebung bewandert und genos das Vertrauen seiner Kollegen, die ihm auch in der örtlichen Zahlstelle das wichtige Amt eines Kassierers übertragen hatten.

Wie schwer wurde es dem jungen Manne, die Trauerbotschaft zu überbringen. Als es Peterabend war, machte sich Heilmann auf den Weg, um der Familie Freibergs das Unglück auf das schonendste mitzuteilen. Ahnungslos erwartete die Familie den Vater. Das Nachsteffen war fertig, freudig schauten die Kinder zum Fenster hinaus, um den lieben Vater zuerst zu begrüßen. — Tiefes Schweigen folgte der Mitteilung Heil-

manns. Dann ein Schluchzen der armen Frau, die zuerst ängstlich auf ihre Kinder gesehen hatte. Lebte der Vater noch? Wird er bald kommen und mit mir spielen? fragte die kleine Anna? Schließlich wirkten die Worte Heilmanns doch etwas beruhigend auf die Familie ein. Er erklärte sich bereit, Frau Freiberg nach dem Krankenhaus zu begleiten. Vom Ehepartner des Krankenhauses wurde ihnen dann der einigermaßen beruhigende Bescheid, daß Lebensgefahr nicht vorhanden sei, obwohl innere Verletzungen stattgefunden hätten, auch ein Beinbruch konstatiert worden sei. In wenigen Wochen hoffe man, den Verletzten aus dem Spital wieder zu entlassen; allerdings nicht völlig geheilt, da der Unfall als ein schwerer angesehen werden müsse.

Was jetzt anfangen? jammerte die arme Frau. Wer gibt uns Brot? Erst vor kurzer Zeit vier Wochen Arbeitslosigkeit und nun wieder kein Verdienst.

Heilmann fand tröstende Worte und erklärte der weinenden Frau, daß ein Betriebsunfall vorliege, und nun auch die Rheinisch-Westfälische Rauberufsgenossenschaft Rente gewähren müsse. In den ersten 13 Wochen des Unfalls werde seitens der Krankenkasse das Krankengeld gezahlt. Nach Ablauf dieser Zeit müsse die Berufsgenossenschaft Rente zahlen.

Wie wenig sich leider unsere Arbeiterfrauen um unsere soziale Gesetzgebung kümmern, erlah Heilmann aus den vielen Fragen der geängstigten Frau. Frau Freiberg kannte nur die Arbeiterversicherungsgesetzgebung dem Namen nach und hatte von ihrer Wirkung gar keine Ahnung. Mein Mann ist doch im Beruf verunglückt! rief sie, folglich müsse auch der Unternehmer ihr den Wochenlohn des Mannes auszahlen. Unbegreiflich fand sie es, daß sie nur die Hälfte des Krankengeldes von der Krankenkasse im Betrage von 7.20 Mark wöchentlich erhalten sollte.

Auf dem Bureau der Krankenkasse wurde Frau Freiberg nun noch mitgeteilt, daß sie alle Sonnabende das Geld ohne ärztliches Attest so lange in Empfang nehmen könne, so lange sich ihr Mann in Krankenhausbehandlung befinde.

Sollte in dessen die Krankenhauspflege länger als 4 Wochen dauern, so würde der Frau vom 29. Tage des Unfalls ab die Familienunterstützung erhöht, weil nach dem Unfallversicherungsgesetze das Krankengeld von 60 Prozent auf 66½ Prozent des bei der Berechnung deselben zugrunde gelegten Arbeitslohnes (4 Mark pro Tag) zu erhöhen sei. Was bekomme ich da mehr? fragte Frau Freiberg. Pro Woche — 80 Pfg. mehr, lautete die Antwort.

So mußte sich nun die Familie des Verunglückten erst mit

7.20 Mark und dann später mit 8 Mark pro Woche behelfen, statt mit dem Verdienst des Ernährers von 27—28 Mark.

Vom Unternehmer erhielt die Frau keinen Pfennig Entschädigung. Wofür zahlte ich meine Beiträge an die Berufsgenossenschaft? sagte dieser „edelbedenkende“ Mann.

Um nur die Haushaltungskosten einigermaßen zu bestreiten, nahm nun Frau Freiberg zwei Aufwartestellen an, und so verfrachten allmählich 8 Wochen. Um die Not der Familie des Kollegen Freiberg zu lindern, wurden seitens der Zahlstelle Sammellisten ausgegeben und auch aus der örtlichen Kasse ein Betrag zur Unterstützung bewilligt. Wie freute sich die Familie, als Heilmann die Unterstützung brachte, aber allen Dank lehnte er ab mit den Worten: „Es war unsere Kollegenpflicht und eine Betätigung unsrer Solidarität.“

Bei all dem Unglück war es aber der Frau ein Trost, daß der Zustand ihres Mannes sich langsam besserte, so daß nach Aussage des Arztes eine Heilung, wenn auch erst nach Monaten, möglich sei. Für die Kinder war es immer ein Trost, wenn sie Mittwochs und Sonnabends den Vater besuchen und, das Krankenbett umstehend, mit ihm nach Herzenslust reden konnten. Glückliche Kindheit, die noch keine Sorgen um das tägliche Brot, um die rückständige Miete usw. kennt. Sorgen, die den armen Vater ohne Unterlaß auf dem Krankenlager quälten.

Nach acht Wochen war Freiberg nun soweit hergestellt, daß er an Krücken sich im Krankensale fortbewegen konnte. Die Sehnsucht bei Freiberg nach seinem gewohnten Heim, sowie der Wunsch, die sich von Woche zu Woche gesteigerte Notlage seiner Familie zu verringern, ließen ihn an den Oberarzt die Miete stellen, aus dem Spital entlassen zu werden. Nach einigem Sträuben wurde ihm auch die Entlassung gewährt; ungeheilt, auf eigenen Wunsch, wie es in dem Abgangsattef bemerkt war. Gleichzeitig wurde Freiberg noch die größte Schonung des Beines empfohlen, außerdem dürften sich die Schmerzen in der Rippengegend erst nach und nach verlieren.

Am Sonnabend, den 2. Juni, kam nun der Vater wieder zu Hause an. Die Familie hatte nun am nächsten Sonnabend statt 8 Mark 16 Mark Krankengeld erhalten, nachdem der gleich nach dem Austritt aus der Krankenkasse konsultierte Kassenarzt Herr Dr. Hülfreich die weitere Erwerbsunfähigkeit bescheinigt hatte. Langsam schritt die Besserung fort. Mit Schrecken nahm dann die Frau des Verletzten am 30. Juni am Schalter der Kasse wahr, daß die 12. Woche des Unfalls verstrichen sei, und nur noch Krankengeld bis zum 5. Juli bezahlt werde. Was nun?

gelassen wurden, während man sie im Jahrbuch des Zentralverbandes mitzählte. Sie sind doch auch tatsächlich vorhanden.

Alles in allem kann dieses Bild den Eindruck nur noch verstärken, daß die genossenschaftliche Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte des Volkes auf dem Gebiet der Produktion und auf dem der Konsumtion, d. h. der organisierten Warenverteilung mit darauf aufgebautem genossenschaftlichen Produktionssystem eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist, deren kulturelles Endresultat vor allem der Arbeiterklasse zugute kommen muß. Und das wird das „Schicksal“ der deutschen Arbeiter sein, wenn sie die Zeichen der Zeit richtig zu deuten wissen.

(Metallarbeiter-Zeitung.)

VII. Verbandstag der Steinsetzer und verwandter Berufsgenossen.

(Schluß.)

In der Sitzung am 20. Februar gibt zunächst der Hauptkassierer Scholz den Kassenbericht. Derselbe führte etwa aus: In den letzten drei Jahren sei die Zahl der Filialen um 90, die der Mitglieder um 4542 gewachsen, so daß am Jahresende 1906 der Mitgliederbestand 9577 Personen war. Leider habe der Gau Ost- und Westpreußen um 57 Mitglieder abgenommen. Die guten Erfolge mit den Gauleitern würben den Verband dazu bringen, auch dort einen Gauleiter anzustellen. Wie groß die Fluktuation sei, zeige die Zahl der Aufnahmescheine (11 755), indes der Verband nur 9577 Mitglieder habe. Von 1905—1906 betragen die Einnahmen des Verbands insgesamt 463 259 Mk., die Ausgaben 421 125 Mk., darunter für Streiks im eignen Beruf 134 009 Mk., für Streiks in andern Berufen 3894 Mk. Ferner wurden ausgegeben an Gemäßregelunterstützung 2274 Mk., für das Jahorgang 29 292 Mk., für Agitation 40 502 Mk., für Reiseunterstützung 4422 Mk., an Notfallunterstützung 4674 Mk., an Rechtsschutz und Gerichtskosten 3066 Mk., an Beiträgen für General- und Bauarbeiter-Schutzkommission usw. 10 087 Mk., an Krankenunterstützung 25 016 Mk., an Sterbeunterstützung 28 015 Mk., und für Verwaltung 134 968 Mk. Das Verbandsvermögen, den Kassenbestand der Filialen mitgerechnet, betrug im Jahre 1906 67 169 Mark, dagegen 145 086 Mk. im Jahre 1906.

Wie umfassend die Arbeit des Vorstands war, beweist, daß im letzten Halbjahr allein 4255 Briefe, Karten usw. eingingen und 5038 Stück versandt wurden.

Den Bericht des Redakteurs gibt A. Knoll-Verlin. Seit 1905 ist unser Jahorgang achtseitig erschienen, was unserm kleinen Verband eine relativ große Ausgabe verursacht. Besonders ausgebaut wurde die Uebersicht über die internationale Bewegung und über das Wirtschaftslieben. Auch über die politische Arbeiterbewegung berichteten wir ständig. Allerdings bin ich manchmal bei meiner Stellungnahme zu einzelnen Streitigkeiten als Gemäßigter angeht. Bedauerlicherweise hat zweimal die Kritik am Jahorgang den Boden sachlicher Betrachtung verlassen, so, als man mir vorwarf, ich wäre ein Kronzeuge des Unternehmertums oder aber, ich hätte dem Unternehmertum das Material gegen den Verband geliefert. Da kann ich wohl verlangen, daß man entweder dafür die Beweise liefert oder aber reboziert.

In der Diskussion über diesen Bericht wird folgendes ausgeführt:

Die Redaktion ist im allgemeinen gut, aber Knoll hätte eine zu stark laienhafte Schreibweise, die zu unterbleiben hätte. Beim Leipziger Streit hätte die redaktionelle Auslassung über das untätige Vorgehen der Steinsetzer bis nach Beendigung desselben zurückgestellt werden müssen. Die Unternehmer wußten durch diesen Artikel genau, wie die Zentrale des Steinsetzerverbands über diesen Streit dachte. Nicht verkannt wurde von verschiedenen Rednern, daß Knoll über eine immense Arbeitskraft verfüge, es sei im Interesse des Verbands, wenn Knoll aus der Generalkommission ausscheide und wieder in die Leitung des Verbands eintrete.

Ueber: Unsere Organisation referiert Wagner-Verlin: Durch die Gauleiter ist die Zahl der Streiks zurückgegangen. Trotzdem stehen Vorstand und Gauleiter oft vor der Tatsache eines begonnenen unvorhergesehenen Streiks. Aus einer ganzen Reihe von Gründen ist die Erhöhung der Streit- und andern Unterstützungen nötig.

Wiese-Düsseldorf, der über die Geschichte des Unterstützungsvereins im Verbandsbericht, tritt lebhaft für den Ausbau der Streitunterstützung ein. Aus gütlichen Beziehungen entstanden, sind wir seit dem Stuttgarter Verbandstag eine moderne Kampforganisation. Für Streiks gaben wir aus 1.62 Mk. pro Kopf im Jahre 1906, dagegen für Kranken- und Sterbeunterstützung 2.38 Mk. pro Kopf. Es gilt andre rechnerische Grundlagen zu schaffen, damit unser Kampffonds ein großer wird.

Seilmann teilte nun Frau Freiberg mit, daß sie sich zu dem Bureau der Berufsgenossenschaft begeben solle, da diese von der 14. Woche des Unfalles ab die weitere Krankenfürsorge übernehmen müsse. Durch seine Beschäftigung als Steinmetz sei Freiberg Mitglied der Unfallkasse und auch sicher von der Bau-Firma angemeldet. Zweckmäßig wäre auch ein Attest von Herrn Dr. Hilfreich, daß die Erwerbsunfähigkeit noch über die 13. Woche des Unfalles dauere, der Berufsgenossenschaft zu übergeben. Am praktischsten für den Verletzten wäre es, wenn die Berufsgenossenschaft das weitere Heilverfahren der Krankenkasse übertragen würde, damit das Krankengeld und der bisher behandelnde Arzt gesichert sei.

Auf dem Bureau der Berufsgenossenschaft wurde Frau Freiberg mitgeteilt, daß von einem Unfall von ihrem Manne noch nichts bekannt sei, die Akten seien noch nicht da, jedenfalls sei der Unfall durch den Unternehmer zu spät gemeldet worden.

Und so war es auch! Die Bau-Firma Bruch u. Schnell hatte die Pflicht, den Unfall innerhalb drei Tagen dem zuständigen Polizeibeamten anzuzeigen; auf dem gelben Unfallformular mußte genau Name, Stand, Alter und Wohnung des Verunglückten, ferner die Zugehörigkeit zur Krankenkasse, der Name der Berufsgenossenschaft, der Betrieb unterstellt ist, sowie die Zeugen des Unfalles angegeben sein. Alles das geschah jedoch erst einige Wochen später, trotzdem Seilmann auf eine Anfrage im Auftrage des Verletzten versichert wurde, der Unfall sei dem Polizeibeamten gemeldet.

Für ihre Nachlässigkeit hatte wohl die Firma eine kleine Geldstrafe zu erwarten, weiter nichts, obwohl der Verletzte sehr dadurch geschädigt wurde. Dadurch kam es, daß das Polizeibüro zu spät das Unfallprotokoll aufnehmen konnte, wozu bekanntlich der wegfähige Verletzte, der Unternehmer, die Zeugen sowie ein Vertreter der Krankenkasse geladen werden mußten. Dieses augenommene Unfallprotokoll hat dann seinen vorgeschriebenen Instanzenweg zu gehen. Zuerst an das Polizeipräsidium (in Landorten an den Bürgermeister), dann an die Krankenkasse, welche der Berufsgenossenschaft Mitteilung zu machen hat, daß der Unfall über die vierte Woche hinaus die Erwerbsunfähigkeit des Verletzten zur Folge habe, dieser sich im Krankenhause befinde usw.

Als die 13. Woche des Unfalles verfloßen war, erklärte auch bei der Ausstellung des letzten Krankenscheins Herr Dr. Hilfreich mit der bei fast allen Ärzten eigenen Schein vor der Berufsgenossenschaft, daß er nun seine Tätigkeit einstellen werde, bis

Es sprechen noch mehrere Redner zu diesem Punkt, doch ist die Debatte ohne Belang, weil nur einzelne uns nicht interessierende Fragen erörtert werden.

Recht lebhaft wurde in der Freitagssitzung (22. Februar) debattiert, stand ja die Beitragsregulierung auf der Tagesordnung. Es muß betont werden, daß die meisten Delegierten sich von dem Gesichtspunkt leiten ließen, für einen erhöhten Beitrag einzutreten.

Die Beitragspflicht wurde wie folgt festgesetzt:

Bei einem Stundenlohn	bis zu 37 Pfg.	= 35 Pfg. pro Woche
" " "	über 37—42 " "	= 40 " " "
" " "	42—47 " "	= 45 " " "
" " "	47—52 " "	= 50 " " "
" " "	52—57 " "	= 55 " " "
" " "	57—62 " "	= 60 " " "
" " "	62—67 " "	= 65 " " "
" " "	67 " "	= 70 " " "

Die Staffelung wird von 5 zu 5 Pfennigen bei höheren Lohnklassen fortgesetzt.

An die Hauptkasse sind von den Einnahmen an Beiträgen und Eintrittsgeldern 80 Prozent abzuführen.

Diejenigen Filialen, welche mit den ihnen verbleibenden Geldern nicht auskommen können und den Nachweis führen, daß sie die Ausgaben für organisatorische Zwecke machen müßten oder müssen, können aus der Hauptkasse einen weiteren Zuschuß bis zur Höhe von 5 Prozent ihrer Einnahme erhalten.

Der Kassierer ist der Meinung, daß durch Annahme dieser Beitragsätze die Einnahmen in der Hauptkasse um 30—40 Prozent in die Höhe schnellen werden, indem bei den Steinsetzern meist nur die Stundenlöhne von über 50 Pfg. in Frage kommen.

Unterstützungen gewährt der Verband: 1. in gemerblichen und solchen Rechtsstreitigkeiten, welche die sozialpolitische Gesetzgebung betreffen; 2. in Fällen, wo ein Mitglied infolge seines Eintretens für die Interessen des Verbands des Rechtsschutzes bedarf; 3. in besonderen Notfällen; 4. in Fällen von Mafregelung; 5. bei Krankheitsfällen der Mitglieder; 6. bei Todesfällen der Mitglieder und deren Ehefrauen; 7. auf der Reise. Wiedereintretende erhalten nicht schon nach 10 Wochen, sondern erst nach einem halben Jahr Karenzzeit die Reiseunterstützung.

Die Sterbeunterstützung, die bisher 60—100 Mk. betrug, wird für Mitglieder und ihre Ehefrauen einheitlich auf 100 Mk. festgesetzt. Krankenunterstützung im Winter wird schon nach zweijähriger Mitgliedschaft (104 Wochen Beitragsleistung) gewährt, und zwar in folgender Höhe:

- Nach 42 Wochen Mitgliedschaft auf 12 Tage;
- nach 126 Wochen Mitgliedschaft auf 24 Tage;
- nach 294 Wochen Mitgliedschaft auf 36 Tage;
- nach 420 Wochen Mitgliedschaft auf 78 Tage.

Die Statutenberatung ergab weiter folgende Änderungen: Der Zentralvorstand besteht nicht mehr aus 12, sondern 9 Mitgliedern. Ein dritter Beamter für den Zentralvorstand wird angestellt. Mitglieder des Zentralvorstands und des Ausschusses dürfen kein andres Amt bekleiden. Neugeschaffen wird ein Verbandsbeirat, der aus dem Zentralvorstand, Verbandsausschuß und den sonstigen angestellten Beamten gebildet wird und bei wichtigen Angelegenheiten zusammentritt. In Zukunft wählen nicht mehr 50, sondern 75—100 Mitglieder einen Delegierten, damit die zu hohen Kosten für den Verbandstag vermindert werden. Nicht nur die Beamten des Zentralvorstands, sondern alle Verbandsbeamten wählen von jetzt an den Verbandstag. Die Streikunterstützungen werden erhöht bis zum Höchstbetrage von 20 Mk. pro Woche. Von Fall zu Fall kann der Vorstand entscheiden, daß dem unverschuldeten Mitglieder, sobald es der einzige Ernährer seiner Familie ist, die Streikunterstützung in derselben Höhe wie dem Verschuldeten ausgezahlt wird.

Schlusssitzung am 23. Februar.

Sämtliche besoldete Verbandsfunktionäre mit Ausnahme der Lokalbeamten sind auf dem Verbandstag zu wählen. Knoll, seit einem Jahre Sekretär bei der Generalkommission, wird mit übergroßer Mehrheit in geheimer Abstimmung zum 1. Vorsitzenden und Redakteur gewählt. Die drei Leipziger Delegierten suchten gegen die Wahl Knolls eine mächtige Opposition zu entfachen, weil dieser sich erlaubte, als Redakteur zum Leipziger Streit seine Meinung zu sagen. Der Verbandstag ließ deutlich seinen Unwillen über diese Diskussionsredner erkennen. Draufschmeiß meinte Knoll, wenn der Steinsetzerverband einen Redakteur haben will, der nirgends ansetzt, so ist ein Mann zu wählen, der heute schreibt rechts, und morgen schreibt links, oder der überhaupt zu wichtigen Fragen keine Stellung nimmt. Als 2. Vorsitzender wurde Genosse Wagner neu und als Kassierer Genosse Scholz wiedergewählt. Die drei besoldeten Gauleiter Wiese-Hamburg, Göhre-Galle und Schütt-Hamburg werden wieder auf drei Jahre bestätigt. Für Ostpreußen wird Genosse Scharnde und für Brandenburg Genosse Schenke neu angestellt. Auch für Sachsen und Schleßen soll ein besoldeter Gauleiter angestellt werden, sobald dies die Finanzen gestatten. Damit waren die Verhandlungen des Verbandstags erledigt.

seitens der Berufsgenossenschaft weitere Anweisung an ihn ergangen sei.

Da kam nun statt des so notwendigen Geldes ein Schreiben der Berufsgenossenschaft, daß sich der Verunglückte in den nächsten Tagen in der Sprechstunde des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft einzufinden habe. Der Antrag auf Uebertragung der weiteren Fürsorge an die Krankenkasse sei abgelehnt und nach Untersuchung des Herrn Sanitätsrats Dr. Reuhfeld werde weiterer Beschluß in dieser Sache gefaßt und dem Verletzten mitgeteilt werden.

Mühsam auf den Stod gestützt, begab sich nun Freiberg zur festgesetzten Stunde zu dem Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft.

Schon im Wartezimmer merkte er, daß noch mehr Leidensgefährten dem weisen Urteil des Mediziners unterstellt waren. Der alte Herr hörte denn auch die Klagen des Verunglückten wohl an, erklärte aber nach kurzer Untersuchung, daß das Bein schlecht geheilt sei, und Brüche schon in 6 bis 8 Wochen normal geheilt sein müssen. Die Schmerzen in der Rippengegend, worüber der Verletzte noch klage, seien gar nicht zu konstatieren, jedenfalls auch etwas Einbildung! — Schlus!

Nach acht Tagen begab sich nun Frau Freiberg wieder auf das Bureau der Berufsgenossenschaft, um doch endlich den Bescheid über die weitere ärztliche Behandlung zu holen, und gleichzeitig um einen Rentenvorschuß zu bitten, da die Not in der Familie sehr groß sei und dieselbe, da ohne Krankengeld, nun mittellos daselbe.

Es sei noch kein Beschluß dieserhalb gefaßt, teilte der Beamte nun Frau Freiberg mit; er wolle sehen, daß bald ein kleiner Vorschuß per Post angewiesen würde. Nach weiteren acht Tagen kam der Vorschuß: eine Postanweisung auf — 30 Mark lautend! Ein Tropfen auf einen heißen Stein!

Acht Tage später kam dann der so langersehnte Beschluß des Vorstandes der Berufsgenossenschaft. Derselbe hatte den wenig tröstlichen Inhalt, daß nach dem Gutachten des Vertrauensarztes eine Kur von 4 bis 5 Wochen in der mediz-mechanischen gynmnastrischen Anstalt des Herrn Dr. Schnellfeld in Warmen nötig wäre, um die Erwerbsfähigkeit wieder herzustellen. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß nach den Lohnlisten des Unternehmers für den Verletzten ein Jahresverdienst von 1220 Mark ermittelt sei. Denselben stehe bis auf „weiteres“ eine Rente für volle Erwerbsfähigkeit zu. Da der ermittelte Jahresverdienst 1220 Mark betrage, so sei an „Vollrente“ zwei Drittel dieses Lohnes, mithin 813.35 Mark pro Jahr, gleich

Vom unteren Maingebiet.

Am 24. Februar 1907 tagte in Miltenberg eine vom Gauleiter einberufene Bezirkskonferenz, zu der aus 13 Zahlstellen und einem unorganisierten Orte Delegierte erschienen waren. Die beiden Zahlstellen Utschaffenburg und Wertheim, sowie 27 weitere eingeladenen Orte entsandten keinen Vertreter, was allgemein bedauert wurde.

Zu Punkt 1: Bericht des Gauleiters, wies derselbe auf den im Jahrbuch gegebenen schriftlichen Bericht hin, bedauerte die große Fluktuation in den Zahlstellen im unteren Maingebiet, trotzdem er seit seiner Tätigkeit 85 Versammlungen mit Vorträgen abhielt. Er ermahnte die Delegierten auf mehr Beachtung des Statuts und des Leitfadens bei Lohnbewegungen, Sperren usw., und forderte die Delegierten auf, dafür zu sorgen, daß mehr Selbständigkeit in die Zahlstellen komme.

Zu Punkt 2 erstatteten die Delegierten Bericht über den Stand der Zahlstellen und förderten die krassesten Fälle über Entlohnung, über das Einhalten der Bundesratsverordnung und über den Terrorismus der Ortsgeistlichen zutage.

Wenn schon die Entlohnung bisher eine willkürliche war, so soll sie zurzeit jeder Beschreibung spotten. Um die Leute aber recht müde zu machen, ändern manche Unternehmer den Zahltagsschluß nach Belieben und geben alle 3 oder 4 Wochen erst Geld an ihre Arbeiter.

Die Bundesratsverordnung wird in der allergeringsten Weise umgangen, und wurde wiederholt der Wunsch laut: Die Gewerbeinspektion möge mehr wie bisher die Betriebe revidieren, oder die unteren Verwaltungsbehörden veranlassen, daß sie ihrer Pflicht nachkommen mögen. Daß die Organisation nicht so recht vorwärts gehe, wird zum großen Teil den Ortsgeistlichen durch ihren Terrorismus, den sie ausüben, in die Schuhe geschoben. Sie versuchen alles, die Versammlungslokale abzutreiben, schauen ruhig zu, wie die Familienwäter ausgehungert werden; geben die schönsten Reden, wenn ein Kollege frühzeitig ins Jenseits gerufen wird, und trösten die hungernden Hinterbliebenen mit gefärbten Worten. Ja, sie laufen den Kindern sogar Stiefel und Brot, geben Geld bis zu 5 Mk. an die Frauen unserer Kollegen und kaufen den Männern nichtalshohlfreies Bier, wenn sie aus dem Steinarbeiterverband austreten. Daß es ihnen manchmal gelingt, uns durch eine solche Taktik ein Schnippchen zu schlagen, ist nicht zu leugnen; daß sie aber den proletarisierten Massen die Gesinnung nicht rauben können, dürfte als Beweis dienen, daß bei der Reichstagswahl in Orten, in welchen alles christlich organisiert ist, über 100 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden.

Zu Punkt 3: Organisation, ließ der Gauleiter die mitgebrachten Kassabücher und Beitragslisten aufschlagen und gab sachdienliche, leichtverständliche Instruktion über die Führung unserer Bücher und über das Abhalten von Revisionen derselben. Er machte hierauf auf die wichtigsten Punkte des Statuts, des Leitfadens und seiner herausgegebenen Instruktion aufmerksam und kritisierte scharf das selbständige Verhängen von Sperren und das Vorgehen bei Lohnbewegungen und Streiks. Ferner betonte er, daß er in Zukunft jede Verantwortung ablehnen müsse, wenn so eigenmächtig durch die Kollegen gehandelt würde. Auch schilderte Mittenmeier die Vorkommnisse, welche bei Mafregelung und Rechtsschutz an einzelnen Orten zu bezeichnen waren und wies darauf hin, daß in Zukunft mit mehr Strenge als bisher verfahren werden müsse. Mit treffenden Worten schilderte er uns die Notwendigkeit regelmäßiger Mitgliederversammlungen und forderte auf, daß durch Vorlesungen aus den kleinen von der Gauverwaltung gesandten Broschüren die Mitglieder mehr als bisher interessiert und von Aufklärung durchdrungen werden.

Zum Schluß forderte er auf, dahin zu wirken, daß die kleinen, nahe aneinander liegenden Orte zu einer Zahlstelle verschmolzen werden, was auch allgemein anerkannt wurde.

Bei Punkt 4: Agitation, kam man nach den Ausführungen des Gauleiters zu der Ansicht, daß eine kräftige Agitation notwendig sei, und wurde auf Antrag von zwei Delegierten der Gauleiter beauftragt, sich mit der Zentralleitung in Verbindung zu setzen, ob sie nicht geneigt wäre, durch Zuschuß uns zur Anstellung eines Distriktleiters zu verhelfen, der seine Tätigkeit in dem Gebiete von Utschaffenburg bis Rohr entfalten soll. Durch eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pfg. inkl. der Gaubeiträge denken die Kollegen den Wunsch verwirklichen zu können.

Bei Punkt 5: Verschiedenes, erhielt nach kurzer Diskussion Mittenmeier das Schluswort, welcher noch einmal aufforderte, die heutigen Beschlüsse zu verwirklichen und unentwegt für unsere Ideen zu agitieren. Er empfahl den Kollegen aufs wärmste, das Beispiel der Zahlstellen Fischenbach und Reippenhausen nachzuahmen, welche die Jugend organisierten und dem Verein Jugendgarde bereits 25 Mitglieder zuführten, größtenteils Lehrlinge unfres Berufs. Hierauf wurde vom Vorsitzenden die auflärende Distriktskonferenz geschlossen.

67.80 Mark im Monat, zu gewähren. Wieder mußte nun Seilmann dem Kollegen Freiberg Aufklärung über den Sachverhalt geben. Freiberg konnte nämlich nicht einsehen, daß seine „Vollrente“ von 100 Prozent aus 1220 Mark nur den Betrag von 813.34 Mark ergebe. Hundert Prozent seien doch von 1220 Mark gleich 1220 Mark, meinte er treuherzig; das habe er doch in der Schule gelernt. Seilmann gab ihm zur Antwort, daß die Berufsgenossenschaften mit dem sogenannten „Gegeneinmal-eins“ rechneten, und der Rente nur zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes zugrunde lägen. Nur wenn ein Verlekter infolge seiner Hilflosigkeit ständig fremder Pflege und Wartung bedürftig sei, womöglich nicht mehr allein gehen und essen könne, erhalte er laut Gesetz die sogenannte Hilflosenrente mit 100 Prozent des wirklichen Lohnes, sofern dieser nicht 1500 Mark übersteige. Was über 1500 Mark sei, werde nur zu einem Drittel angerechnet, so daß ein Verlekter mit 1800 Mark Einkommen nur ein solches von 1600 Mark angerechnet bekomme.

Freiberg sträubte sich anfangs entschieden gegen die Zustimmung, schon wieder Weib und Kinder zu verlassen und in eine Anstalt einzutreten, die im Volksmunde den berüchtigten Namen „Rentenquaste“ und „Quälanstalt“ führt. Von Seilmann wurde ihm aber bringend geraten, sich dem Beschlusse der Berufsgenossenschaft zu fügen, weil diese sonst das Recht habe, bei eventueller Verweigerung der „Kur“ die Rente zu entziehen, und für später eine äußerst knappe Rente festsetze.

Der Verunglückte stand also vor der Alternative, entweder sich zu fügen, oder sich und seine Familie noch größerem Elend, vielleicht dauernd preiszugeben. Er erklärte dann der Berufsgenossenschaft, sich in die Anstalt begeben zu wollen, und wurde als Tag des Eintritts in die Anstalt zu Warmen der 25. August festgesetzt. Auf Wunsch wurden Freiberg die Reisekosten (Eisenbahnfahrt und Zehrlofen) ausbezahlt, da er mittellos war.

Der angelegte Jahresarbeitsverdienst stimmte auch nicht, da der Verletzte durch seine Verbandsstatistik genau nachweisen konnte, daß er im verfloßenen Jahre 1288 Mark verdient hatte. Da gegen den Vorbescheid der Berufsgenossenschaft eine Gegenüberung innerhalb zwei Wochen zulässig ist, so teilte Freiberg dem Vorstand mit, daß sein Verdienst 1288 Mark betragen habe im verfloßenen Jahre, mit der Bitte, dies bei Erteilung des berufungsfähigen Bescheids zu berücksichtigen. Des weitern eruchte er um Vorschuß für seine Familie. Die Folge dieses Schreibens war, daß der Familie „zunächst“ 50 Mark per Postanweisung angewiesen wurde.